

# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 14



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 7. 9. 1989

## WORT UND WIDERWORT

### Müssen hochbegabte Kinder künftig mehr gefördert werden?

Bei konsequentem Einsatz bereits bestehender Formen und Methoden schulischen Lernens und schulischer Angebote könne sowohl die Förderung manifest Hochbegabter als auch das Erkennen schlummernder Fähigkeiten gewährleistet werden. Projektorientierter Unterricht, in dem Schüler ihre Begabungen entfalten könnten, seien zum Beispiel ein Weg. Erweiterte Bildungsangebote, Arbeitsgemeinschaften, Kurse und außerschulische Aktivitäten erweiterten die Fördermöglichkeiten. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Karl-Heinz Brülle**. Der CDU-Abgeordnete **Herbert Reul** unterstreicht, Kinder mit besonderen Begabungen brauchen besondere Förderung, ihre Eltern und Lehrer gezielte Beratung und Unterstützung. Viele Möglichkeiten seien denkbar – von Beratungsangeboten über gezielte Fördermaßnahmen bis zu Modellversuchen, die der Bund großzügig fördere. Jetzt sei die Schulpolitik des Landes gefordert, sich von ideologischen Tabus zu verabschieden und neue Konzepte zu entwickeln. Der F.D.P.-Abgeordnete **Rudolf Wickel** betont, das Bürgerrecht auf Bildung gelte auch für Höherbegabte und Leistungsstärkere. Auch sie, nicht nur Benachteiligte, hätten ein Recht auf bestmögliche Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Eine Gesellschaft, die die Herausforderungen der Zukunft bestehen wolle, könne auf Hochbegabte und Leistungseliten nicht verzichten. Auf allen Ebenen des Bildungswesens müsse auch den Besser- und Höherbegabten die Chance gegeben werden, sich entsprechend ihrer Fähigkeiten zu entfalten. (Seite 2)

## Zwischen Reformation und 30jährigem Krieg Blütezeit der Weserrenaissance

Über Ausbau und Arbeit des Ende April dieses Jahres eröffneten Weserrenaissance-Museums hat sich der Kulturausschuß bei einer Sitzung auf Schloß Brake, dem Sitz des Museums, informiert.

Ausschußvorsitzender Dr. Albrecht Beckel (CDU) unterstrich, das Museum mit seiner bis Anfang Oktober sehenswerten Ausstellung „Renaissance im Weserraum“ sei ein überzeugender Beweis, „daß Kultur nicht nur an Rhein und Ruhr stattfindet“. Der Vorsitzende des Landesverbandes Lippe (er ist zu je einem Drittel mit der Stadt Lemgo und dem Kreis Lippe Träger des Museums), Helmut Holländer, betonte, das mit 23 Millionen Mark sanierte Schloß sei als Kulturzentrum auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser am Rande des Landes Nordrhein-Westfalen gelegenen Landschaft unersetzlich.

Diese Aktivitäten sind im Zusammenhang mit dem „Jahr der Weserrenaissance“ zu sehen, das die Aufmerksamkeit auf einen Kulturraum lenken soll, der sich zwischen Osnabrück und Wolfsburg, Bremen und

Kassel erstreckt und in dem Zeitraum zwischen 1520 und 1650 blühte. Aus diesem Anlaß wurde auch die „Straße der Weserrenaissance“ nach dem Vorbild anderer deutscher Kulturrouen eröffnet. (Bericht folgt)

## Die Woche im Landtag

### Haushalt 1990

Kritik der Oppositionsfractionen von CDU und F.D.P. sowie positive Stellungnahmen des SPD-Regierungslagers kennzeichneten die erste Lesung des Haushalts 1990. (Seite 3)

### Hörschäden

Mit dem Schicksal hörgeschädigter Menschen und den Erfordernissen einer frühen Diagnose befaßte sich das Parlament im Plenum. (Seite 8)

### Kläranlagen

In zehn Jahren ist der Anschlußgrad an vollbiologischen Kläranlagen in NRW auf 90 Prozent gewachsen. (Seite 9)

### Jugendschutz

Über Überlegungen, für den Fernsehbereich eine Freiwillige Selbstkontrolle nach Vorbild der Filmwirtschaft einzurichten, hat sich der Jugendausschuß informiert. (Seite 13)

### Eissporthalle

Das Bundesleistungszentrum Eissport in Dortmund erhält eine zweite Eissporthalle, um die Trainingsmöglichkeiten zu verbessern. (Seite 14)

### Eingaben

Der Petitionsausschuß des Landesparlaments muß sich immer häufiger mit Eingaben von Ausländern befassen. (Seite 16)



Wo Angler sich ins Gehege kommen

Zeichnung: Frank Cerny (WAZ)

## WORT UND WIDERWORT

# Breite Angebote in der Schule fördern die Begabung

Von  
Karl-Heinz Brülle

Was ist ein hochbegabtes Kind? Ist es das Kind, das mit elf Jahren in die Tiefen der Infinitesimalrechnung einsteigt? Ist es das Kind, bei dem ein Intelligenzquotient von 140 Punkten und mehr gemessen wird? Oder jenes, welches schon mit jungen Jahren Hochleistungen auf dem Tennisplatz, in der Turnhalle oder im Konzertsaal erbringt? Wenn wir also von Begabung sprechen, meinen wir bestimmte Begabungsprofile. Wir wissen zugleich, daß sich die intellektuelle und die emotionale Entwicklung eines Kindes nicht notwendigerweise im Gleichschritt vollzieht. So kann z. B. ein fünfjähriges Kind emotional auf der Stufe eines vierjährigen, intellektuell aber auf der Stufe eines achtjährigen stehen.

In den wenigsten Fällen von Hochbegabung sind diese auf den ersten Blick erkennbar, die meisten schlummern im verborgenen. Bei konsequentem Einsatz bereits bestehender Formen und Methoden schulischen Lernens und schulischer Angebote kann sowohl die Förderung manifest Hochbegabter als auch das Erkennen schlummernder Fähigkeiten gewährleistet werden.

### **SPD: Wir wollen nicht Selektion, sondern vielfältige Angebote**

Projektorientierter Unterricht, in dem Schüler ihre Begabungen entfalten können, sind z. B. ein Weg. Und er gewährleistet natürlich auch die Förderung aller Schüler.

Erweiterte Bildungsangebote, Arbeitsgemeinschaften, Kurse und außerschulische Aktivitäten erweitern die Fördermöglichkeiten. Auch die Aktionen im Rahmen des Programms „Öffnung von Schule“ können hier einen Beitrag leisten.

Es besteht also kein Anlaß, über eine Förderung von Hochbegabten in Sonderklassen oder gar in besonderen Schulen nachzudenken. Nicht Selektion und Segregation einzelner Begabungsrichtungen sind der richtige Weg, sondern breite und vielfältige Angebote der jeweiligen Schule sind hier gefordert. Ausgrenzung fördert die Heranbildung intellektueller „Monokulturen“, schulische Segregation fördert soziale Segregation. Ausgrenzung einer bestimmten Schülergruppe wirkt allein schon vor dem Hintergrund von Bestrebungen zur Integration behinderter Kinder in die Regelschule anachronistisch. Das Motto dieser Bewegung macht auch bei Hochbegabten Sinn: Gemeinsam leben — gemeinsam lernen!

Von  
Herbert Reul

Daß Kinder, die langsamer lernen oder Probleme im Unterricht haben, besonders gefördert werden müssen, ist längst unbestritten. Doch viel zu wenig hat die Schulpolitik diejenigen Kinder beachtet, die besonders begabt sind. Diese wüßten sich schon selbst zu helfen, war allzuoft die gängige Ausrede.

Die Erfahrungen zeigen, daß diese Kinder häufig in der Schule Probleme haben, gar als „Störenfriede“ gelten, weil sie sich langweilen, weil sie unterfordert sind. Eltern und Lehrer sind allzuoft verzweifelt, weil sie als unverständliche Probleme ansehen, was doch nur der Ruf nach Anerkennung und Herausforderung ist.

Diese Kinder wollen, daß die Schule ihre speziellen Fähigkeiten und Begabungen entdeckt, herausfordert und entwickelt. Dabei geht es nicht um eine falsch verstandene „Elite-Bildung“, sondern um den Anspruch dieser Kinder auf die bestmögliche Förderung. Das Spektrum der besonderen

### **CDU: Bestmögliche Förderung laler Kinder**

Begabungen ist breit und vielfältig — das eine Kind verfügt über herausragende musische oder künstlerische Talente, das andere ist in Mathematik oder Naturwissenschaft begabt, das dritte hat hervorragende praktische Fähigkeiten.

Dieser Aufgabe kann nur eine Schulpolitik gerecht werden, die Vielfalt und Unterschiedlichkeit respektiert und durch differenzierte schulische Angebote ernstnimmt. Gleichmacherei und Nivellierung, wie sie immer noch die Schulpolitik der Landesregierung bestimmen, können dagegen dem Recht dieser Kinder nicht entsprechen.

Kinder mit besonderen Begabungen brauchen besondere Förderung, ihre Eltern und Lehrer gezielte Beratung und Unterstützung. Viele Möglichkeiten sind denkbar — von Beratungsangeboten über gezielte Fördermaßnahmen bis zu Modellversuchen, die der Bund großzügig fördert. Jetzt ist die Schulpolitik des Landes gefordert, sich von ideologischen Tabus zu verabschieden und neue Konzepte zur Förderung dieser Kinder zu entwickeln.

Von  
Rudolf Wickel

Bildung zieht für die F.D.P. in erster Linie auf die optimale Entwicklung der Fähigkeiten des einzelnen Menschen.

Sie erfordert daher unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Begabungen und Interessen ein differenziertes Angebot. Bei den bisher erprobten und angewandten Formen differenzierter Unterrichts lag die Betonung auf der Förderung benachteiligter und weniger leistungsstarker Kinder, wobei Landesregierung und SPD wohl davon ausgingen, die begabten Kinder könnten auch ohne besondere Unterstützung zu einer vollen Entfaltung ihrer Fähigkeiten gelangen.

Dieser Trugschluß hat zu einer Nivellierung der Bildungslandschaft geführt, in der nur allzuoft das Mittelmaß regiert. Der unterforderte Schüler, der mangels pädagogischer Zuwendung zum Störenfried und in eine Außenseiterrolle gedrängt wird, ist leider kein Einzelfall mehr. Für uns Freie Demokraten gilt, daß Leistung grundsätzlich etwas Erstrebenswertes und Förderungswürdiges ist. Das Bürgerrecht auf Bildung gilt auch für Höherbegabte und Leistungsstärkere. Auch sie, nicht nur Benachteiligte, haben ein Recht auf bestmögliche Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Eine Gesellschaft, die die Herausforderungen der Zukunft bestehen will, kann auf Hochbegabte und Leistungseliten nicht verzichten. In allen Bereichen und auf allen Ebenen des Bildungswesens müssen deshalb vermehrt Leistungen herausgefordert und honoriert wer-

### **F.D.P.: Hochbegabung enttabuisieren**

den, muß auch den Besser- und Höherbegabten die Chance gegeben werden, sich entsprechend ihren Fähigkeiten entfalten und sich zu ihrem Wohl aber auch zum Wohle der Gesellschaft zu qualifizieren.

Das Bildungswesen muß daher neben dem Grundsatz der Gleichwertigkeit der Ungleichen, der Chancengerechtigkeit, an der wir nicht rütteln wollen, gleichzeitig von der angemessenen Förderung aller besonders befähigten Kinder geprägt sein, unabhängig von Geschlecht, sozialem Status, Herkunft und der jeweiligen Eigenart der besonderen Fähigkeiten. Auf diesem Sektor haben wir in Nordrhein-Westfalen noch hohen Nachholbedarf.

Das Thema „Hochbegabung“ muß enttabuisiert werden. Schulische Möglichkeiten zur Förderung von Sonderbegabungen sind zur Genüge bekannt, ihre Umsetzung in den schulischen Alltag in NRW fällt aber immer wieder der ideologisch geführten Diskussion zum Opfer. Warum kann nicht in NRW — wie im Ausland mit Erfolg erprobt —

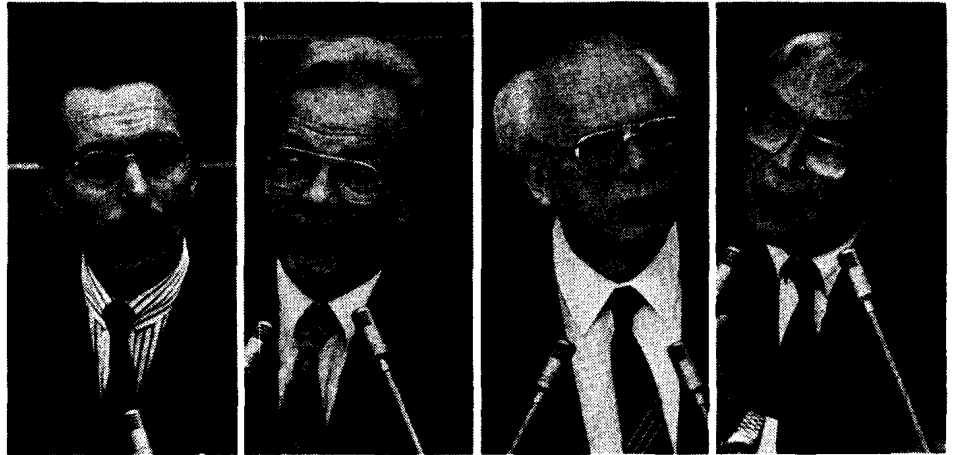
- die pädagogische Beratung von Eltern hochbegabter Kinder eingeführt,
- differenzierte Kriterien zur Identifikation von Sonderbegabungen entwickelt,
- konkrete Formen der Binnendifferenzierung im Unterricht mit Spezialaufgaben für lernschnellere Schüler angeboten oder
- eine Flexibilisierung der Schulstrukturen, etwa durch die Möglichkeit früherer Einschulung begabter Kinder oder des Überspringens von Klassen geschaffen werden?

Gegen die Höhe der geplanten Neuverschuldung und gegen die Gesamtverschuldung aus den vergangenen Jahren über 100 Milliarden Mark richtete sich die Hauptkritik der CDU-Opposition bei der 1. Lesung des Haushaltsgesetzes 1990, des letzten Landesetats vor den Landtagswahlen im Mai nächsten Jahres sowie des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1990 (Drs. 10/4600, 10/4601 und 10/4602) am vergangenen Montag. Der CDU-Finanzexperte Hartmut Schauerte hielt Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) vor, dem Parlament deutlich höhere Steuereinnahmen verschwiegen zu haben. Statt der von Schleußer bezifferten Mindereinnahmen von 6,6 Milliarden Mark könne die Landeskasse vielmehr ein Plus von rund zehn Milliarden Mark durch die dreistufige Steuerreform verbuchen. Der finanzpolitische Sprecher der SPD, Reinhold Trinius, verwahrte sich gegen die Kritik. Für die Neuverschuldung des Landes sei vornehmlich die Bonner Steuerpolitik verantwortlich, die in NRW mit fünf Milliarden Mark Mindereinnahmen zu Buche schlage und somit zu 80 Prozent die für 1990 vorgesehene Nettoverschuldung von sechs Milliarden Mark bedinge. Der Finanzfachmann der F.D.P., Wolfram Dorn, meinte, die Schulden der Ära Rau seien so langfristig angelegt, daß die gesamte Last von den kommenden Generationen getragen werden müsse. Finanzminister Heinz Schleußer betonte, die Vorgabe des Finanzplanungsrats würde eingehalten. Die Verschuldung hänge von den Steuereinnahmen ab, die das Land nicht beeinflussen könne.

**Hartmut Schauerte**, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, rechnete Haushaltsvolumen und Verschuldung pro Landeseinwohner um mit 3900 und 6500 Mark und nannte den Haushalt 1990 mit 7,2 Milliarden Mark Zinslast das traurige Schlußdokument 24jähriger sozialdemokratischer Landespolitik. Das Geld reiche nur noch für Reparaturen. Die Steuermehreinnahmen von zwei Milliarden Mark verschweige Schleußer, das sei eine Aushöhlung des Budgetrechts. Durch die Bonner Steuerreform werde es 1989 die größte Zuwachsrate in der Geschichte von NRW geben. Die Wahrheit passe der SPD nicht ins Konzept. Die Landesregierung bilde sich etwas ein auf die besseren Wirtschaftsdaten, die durch Bonner Maßnahmen ermöglicht worden seien. Der Neubau des Landes müsse auf solide Fundamente gestellt werden, die Probleme seien keineswegs gelöst. In keinem anderen Bundesland halte sich so hohe Arbeitslosigkeit, die Nettoneuverschuldung solle um 20 Prozent steigen. Die CDU werde allenfalls fünf, keine sechs Milliarden Mark tolerieren. So groß sei die Not nicht. NRW sei bundesdeutscher Schuldenmachermeister. Die Personalkostenquote betrage nicht 39, sondern 43 Prozent, wenn die Landschaftsverbände mitgerechnet würden. Vor der Öffentlichkeit werde Verzicht auf weiteren Stellenabbau formuliert, aber allein im Lehrbereich gebe es 1617 Stellenabgänge, 1989 seien es 2000 Stellen gewesen. Die CDU wolle den Stopp weiteren Unterrichtsausfalls in den Schulen. Der am explosivsten wachsende Teil der Personalkosten seien die Pensionen. Gemeinsam müsse man auf

## Haushalt und Gemeindefinanzierung 1990 — Erste Lesung

# Opposition und SPD-Regierung führen kontroverse Gründe für Höhe der Neuverschuldung an



Streitpunkt Verschuldung: v.l. Hartmut Schauerte (CDU), Reinhold Trinius (SPD), Wolfram Dorn (F.D.P.) und Finanzminister Heinz Schleußer (SPD).  
Fotos: Schüler

diese Kostenlawine reagieren. Auch bei der Verbesserung der inneren Sicherheit müßten gemeinsame Kraftanstrengungen unternommen werden.

Die bessere Investitionsquote sei kein Grund zur reinen Freude. Eigene Anstrengungen beim Lande zeigten über die Jahre hinweg Abbau. Beim Wohnungsbau sei noch vieles offen. Der Landeshaushalt werde dafür nicht in Anspruch genommen. Bei den erfreulichen Zuwächsen für die Gemeinden werde sich die Verteilungsmasse dank der Steuermehreinnahmen in den nächsten Jahren noch vergrößern.

Zusammenfassend verlangte Schauerte die Korrektur des Einnahmeansatzes nach oben, die Absenkung der Neuverschuldung, Stopp des Abbaus von Lehrstellen, ein Landeserziehungsgeld für sechs Monate längeren Mutterschaftsurlaub, mehr Mittel für innere Sicherheit, für Wohnungsbau und einen eigenen Beitrag zur Hilfe für Polen: Polens Weg zur Freiheit hin verdiene Unterstützung.

**Reinhold Trinius** (SPD), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, erklärte, auch dieser letzte Haushalt der 10. Legislaturperiode trage jenes Gütesiegel, die bereits alle vorangegangenen Haushalte gekennzeichnet hätten. Der Haushaltsentwurf 1990 setze erfolgreich Begonnenes konsequent fort. Er sei ein neuer Beleg für die solide und verantwortungsbewußte Finanzpolitik dieser Landesregierung. Verlaß sei auf Nordrhein-Westfalen auch, wenn es darum gehe, die zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Deutscher Bundesbank getroffenen Abmachungen zur Finanzpolitik einzuhalten. NRW folge nicht dem schlechten Beispiel des Bundes, der mit seinem 90er Haushaltentwurf von plus 3,4 Prozent deutlich gegen die dreiprozentige Ausgabenbegrenzung verstoße. Die Sozialdemokraten in NRW könnten mit Stolz und gesundem Selbstvertrauen auf die Haushaltspolitik der vergangenen Jahre zurückblicken. Man habe sich der Herausforderung der hohen Neuverschuldungsraten zu Beginn der 80er Jahre gestellt und sich dabei nicht auf die Hilfe Dritter verlassen. Durch sparsame Haus-

haltsführung habe man die mit Abstand niedrigste Ausgabensteigerungsrate aller Bundesländer erreichen können.

Auch mit dem Haushalt 1990 gelinge es wieder, der ökonomischen und ökologischen Erneuerung und der kulturellen und sozialen Vielfalt im Lande neue kräftige Impulse zu geben. Der Strukturwandel greife. Die wirtschaftliche Entwicklung in NRW habe deutlich erkennbar Anschluß gefunden. Seit 1984 seien im Saldo in NRW insgesamt eine viertel Million zusätzlicher Arbeitsplätze entstanden. Der finanzpolitische Sprecher der SPD erinnerte daran, das Konzept der Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM) funktioniere hervorragend. Allein im kommenden Jahre stünden 632,4 Millionen Mark zur Verfügung. Die guten Erfahrungen mit ZIM seien die Keimzelle für die Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen. Im Haushalt 1990 sei für die Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen ein Fördervolumen von 300 Millionen Mark vorgesehen. Mit 1,5 Milliarden Mark, bereitgestellt aus Landesmitteln, bilde der Umweltschutz einen weiteren Schwerpunkt des Haushalts. 256 Millionen Mark an zusätzlichen Landesmitteln flössen 1990 in den sozialen Wohnungsbau. Zu den Konsolidierungserfolgen zählte er, daß die Neuverschuldung 1988 auf 5,2 Milliarden Mark heruntergefahren und damit gegenüber 1981 halbiert werden konnte.

**Wolfram Dorn** (F.D.P.) beendete seine Rede mit folgender Bilanz: „Als Johannes Rau Ministerpräsident wurde, hatte unser Land 22 Milliarden Mark Schulden, die in 15 Jahren als Kredite aufgenommen wurden. In den zehn Jahren absoluter SPD-Mehrheit wurden 88 Milliarden Mark Schulden gemacht. Zehn Jahre Alleinherrschaft der SPD haben uns dieses verheerende Ergebnis sozialdemokratischer Finanzpolitik beschert.“ Dorn warf dem Ministerpräsidenten vor, er habe die Verantwortung für die Finanzpolitik an sich gezogen und sie nach parteipolitischen Gesichtspunkten und nicht sachgerecht betrieben. Darum fordere seine Fraktion die Wiederherstellung der Alleinverantwortung des Finanzministers für die Finanzplanung.

Zum aktuellen Haushaltsentwurf führte Dorn aus: „Die Haushaltspolitik der Landesregierung ist — trotz verbesserter Rahmendaten — endgültig in einer Sackgasse gelandet.“ Durch die Überschuldung und die enormen Zinsleistungen werde der schmale Rest an politischem Handlungsspielraum für den Landtag auch in kommenden Legislaturperioden „in undemokratischer Weise beschnitten“. Gescheitert sei der klägliche Versuch, meinte der Abgeordnete, andere für die Finanzmisere des Landes verantwortlich zu machen. So werde die Regierung nicht müde, wider besseres Wissen die einnahmehindernden Folgen der Steuerreform der Bundesregierung zu beklagen. Tatsache sei aber, daß diese Prognosen sich in den letzten Jahren nicht erfüllt hätten — im Gegenteil, es seien Mehreinnahmen zu verzeichnen gewesen: 1988 etwa sei statt 2,1 Milliarden weniger eine Milliarde Mark mehr zu erwarten. Dorn: „Bund, Länder und Gemeinden haben seit der Steuerreform Einnahmerekorde zu verzeichnen und diese Entwicklung setzt sich fort.“ Zum anderen beklagten SPD und Landesregierung immer wieder den Umstand, Bonn werde angeblich seiner Verpflichtungen gegenüber dem Land nicht gerecht. Aber auch diese Aussage habe an Glaubwürdigkeit verloren, obwohl die Regierung in ihrem Finanzbericht nicht alle Leistungen des Bundes für das Land aufnehme. Das Land sei von Bundesleistungen weitaus abhängiger, als es die Summe von sechs Milliarden Mark für 1990 ahnen lasse, „denn insgesamt fließen über zwölf Milliarden Mark Bundesmittel in unser Land“. Wer zur Transparenz von Haushaltsvorlagen verpflichtet sei, der dürfe nicht einfach sechs Milliarden „schamhaft verschweigen“. Darum beantrage seine Fraktion, das haushaltsrechtliche Instrumentarium zu verbessern.

**Finanzminister Heinz Schleußer (SPD)** vermißte Neues in den Reden der Opposition: je dünner die Argumente, desto aggressiver werde reagiert. Sowohl Schauerte als auch Dorn hätten unrichtige Statistiken vorgetragen. Ein finanzpolitisches Tief habe es in den Jahren 1978 bis 1980 gegeben, das habe die F.D.P. damals mitgetragen. Die Ausgaben seien damals im Durchschnitt 10,8 Prozent gestiegen. Danach habe Posser gegengesteuert. Im Gegensatz zum Bundeshaushalt seien alle Finanzdaten des Landeshaushalts besser. Sogar die Zinsbelastung sei zwar hoch, aber beim Bund noch höher. Wenn die Opposition sich für klüger halte, solle sie sich nach Bonn als Missionar bewegen. Die Neuverschuldung könne das Land nur durch knappe Ausga-

bensteigerung drücken. Anderes sei nicht möglich. Die Vorgabe des Finanzplanungsrats würde eingehalten. Im übrigen hänge die Verschuldung von den Steuereinnahmen ab, die das Land nicht beeinflussen könne. Steuerentlastungen müsse es von Zeit zu Zeit geben; fatal sei aber, daß es gegenwärtig eine kreditfinanzierte Entlastung sei. 20 Milliarden Mark für die Bürger bedeuteten ebensolchen Verlust für den Staat, andernfalls wäre ein finanzpolitisches Wunder anzunehmen. Der Finanzminister dürfe nicht spekulieren. Er lasse sich von Vorsicht leiten. Wenn es erfreuliche Mehreinnahmen gebe, dann sei das um so besser. Die Einnahmen von 1988 seien ohne Abstriche für die Senkung der Neuverschuldung verwendet worden. Auch die Steuereinnahmen 1989 und der folgenden Jahre würden dafür dienen. Er werde sich bemühen, unter dem Haushaltsansatz zu bleiben. Die CDU-Fraktion ähnele einem Zusammenschluß loser Abteilungen. Eine sei zuständig für einen soliden Haushalt, andere forderten Ausgaben in Milliardenhöhe. Beim Argument, die guten Leistungen des Landes seien nur dem Bund zu verdanken, würden die grundsätzlich vorgegebenen Finanzströme ignoriert. Zwar habe NRW aus Bonn in den letzten fünf Jahren etwa 70 Milliarden Mark erhalten, aber allein 1988 habe der Bund aus NRW 73 Milliarden Mark Steuern eingenommen. Die von der Opposition kritisierten Kosten für die Staatsführung, also die obersten Landesbehörden, kosteten in NRW umgerechnet jeden Bürger 31 Mark, in Bayern jedoch 43 Mark. Alles in allem sei der Haushalt solide finanziert. Er nehme soziale Verantwortung wahr, setze sparsame Ausgabenpolitik fort und finanziere den ökonomischen und ökologischen Wandel.

**Dr. Bernhard Worms (CDU)** setzte sich von unehrlichen Zahlendebatten ab: Ihn verbinde eine gemeinsame religiöse Grundeinstellung mit dem Minister. Die 20-Milliarden-Umschichtung im Bundeshaushalt solle private Leistungen in Gang setzen. Trotz bevorstehender Wahlen sei die Aussprache von den dramatischen Vorgängen im Osten nicht zu trennen. Der Zusammenbruch des dialektischen Materialismus sei ein Grund zur Freude. Soziale Marktwirtschaft verbinde Freiheit und Ordnung. Der NRW-Haushalt wäre heute ungleich besser, wenn das Land nach diesem Prinzip geführt worden wäre. Auch die CDU sei für Ausgaben zum Umweltschutz. Diese müßten aber wegfallen, wenn der Zweck erreicht sei. Mehr staatliches Reglement dürfe es nicht

geben. Neue Steuern bedeuteten neue Bürokratie. Über finanzielle Hilfestellung gegenüber dem Osten solle gemeinsam beraten werden. Ökologischer Umbau der Gesellschaft sei ein falscher Einstieg. Die CDU stelle dem etwas fundamental anderes entgegen. Sie wolle zugunsten der Familie umschichten. Im Bildungsbereich solle der Unterrichtsausfall abgebaut werden. Auch bei der inneren Sicherheit sei Umkehr angezeigt. Es gehe um die geistige Wende. Viele öffentliche Aufgaben könnten auch von Privaten erfüllt werden. Ein wenig Mehr im Kulturbereich würde Berge versetzen. Sportlehrer würden in den Kommunen dringend gebraucht, da gebe es einen Weg zur Finanzierung. Die CDU werde Anträge einbringen, in denen die von ihr für dringend gehaltene Kurskorrektur zum Ausdruck komme.

**Dr. Achim Rohde (F.D.P.)** dankte für die engagierte Begründung des „Ende des Sozialismus“. Die Vorgänge im Osten seien eine Botschaft des Liberalismus. Liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hätten mehr aus NRW gemacht. Der Minister habe buchhalterisch, nicht politisch geredet. Das entscheidende Zukunftsinvestitionsprogramm „Intelligenz und Jugend“ gebe es nicht, „Familie“ sei auch noch nicht aufgelegt. Kriminalität werde nur noch verwaltet, nicht mehr verfolgt. Für die Kreditbegrenzung der staatlichen Haushaltsfinanzierung müsse es ein Regelwerk geben, das in die parlamentarische, rechts- und sozialstaatliche Ordnung eingebettet sei. Der „Chefsache“ Finanzplanung sei die Staatskanzlei nicht gewachsen. Rau habe die Zeit nicht genutzt. In zehn Jahren habe er fünfmal mehr Schulden gemacht, als in den gesamten 30 Jahren zuvor.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender**, wies — bei allem Verständnis dafür, daß es in Wahlkampfzeiten „besonders schrill zugeht“ — zwei Anschuldigungen des F.D.P.-Fraktionsvorsitzenden im Interesse der Würde dieses Parlaments zurück: Es sei schlechthin eine Ungeheuerlichkeit, „wenn Herr Rohde hier behauptet, es gäbe eine Schwarze Kasse und es würden acht Milliarden Mark unter der Hand ausgegeben“. Und der Spaß höre auf, wenn Rohde vom SPD-Staat und SPD-Rundfunk spreche. Das erste sei üblich bei Staaten, „die in der Tat Staaten der Parteien sind und die mit Bajonetten dort gehalten werden“. Die Gremien des WDR seien in Gemeinsamkeit, wie das die demokratischen Regeln vorschreiben, bestellt worden. Der Fraktionsvorsitzende schloß mit der Mahnung: „Wir wehren uns dagegen, daß die Demokratie und der Rechtsstaat an Glaubwürdigkeit verlieren. Wissen wir denn nicht oder ahnen wir nicht, daß solche Denunziationen gerade denjenigen Wasser auf die Mühlen geben, die den Rechtsstaat und die Demokratie bekämpfen?“

**Ministerpräsident Johannes Rau (SPD)** meinte, ihn kränkten schon Begriffe wie „Schuldenkönig, Abenteuerum, Schwarze Kasse“ nicht mehr, der Wähler werde mit seinem Stimmzettel ein abschließendes Urteil fällen — „und dem sehe ich mit Vertrauen und mit Gelassenheit entgegen“. In den Grundfragen der Familienpolitik stimme er vielleicht mit der CDU nicht überein, aber man sei sich bestimmt einig, daß „richtige und verantwortliche Familienpolitik unerlässlich ist, wer das, was ich den ökonomischen und ökologischen Umbau oder die Erneue-



Hilfe für Polen: v.l. Dr. Bernhard Worms (CDU), Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).  
Fotos: Schüler

zung genannt habe — ich habe immer hinzugefügt: in sozialer Verantwortung — ernst nimmt“. Er finde das Gegeneinander-Ausspielen von Ökologie und Familie falsch, eine richtige Familienpolitik sei schon ein entscheidender Beitrag.

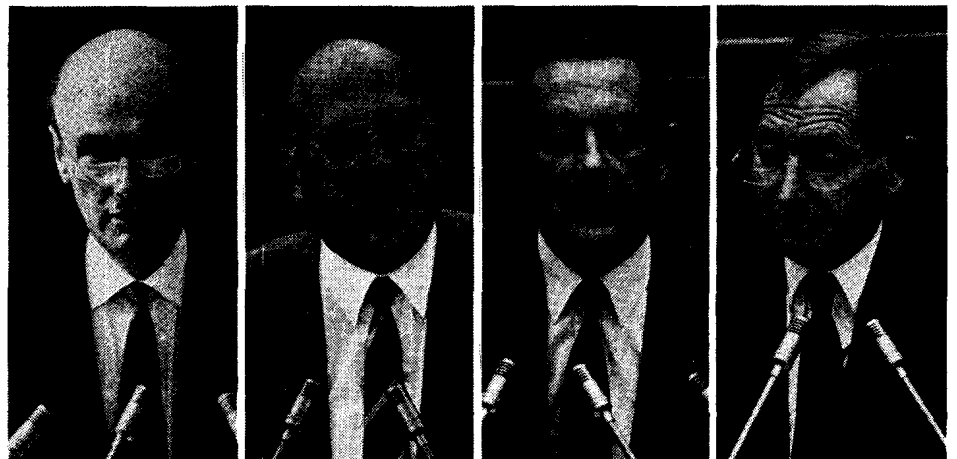
Was Polen angehe, so warne er vor einem Mißverstehen der Bewegung, indem man die enormen Strukturveränderungen als Wasser auf die jeweiligen ideologischen und weltanschaulichen Mühlen begreife. Bei der Hilfe für das Land dürfe man nicht immer auf andere verweisen, „sondern wir müssen selber etwas tun“. Da fände er es gut, wenn man zu einer einheitlichen Linie komme — „ich stehe zu Gesprächen zur Verfügung“. Man müsse sich im Lande aber der Begrenztheit der eigenen Möglichkeiten bewußt sein: „Wir können nicht mit Polen, Ungarn, der Sowjetunion jeweils eine eigene Art von Außenwirtschaftspolitik betreiben.“ Da seien öffentliche Vorankündigungen über Projekte der falsche Weg, „denn erst wenn wir wissen, was wir leisten können und wenn wir es konkretisiert haben, können wir es mit dem Partner besprechen“.

**Dr. Bernhard Worms** (CDU) nahm die Einladung des Ministerpräsidenten zu Gesprächen über die Hilfe für Polen an. Unter Hintenanstellung von Rivalitäten biete es die Chance, „projektbezogen in einem Teilbereich, der von uns finanziell verkraftet werden kann, ein Zeichen zu setzen“. Ihn habe bei seinem Besuch in Polen das Selbstbewußtsein, die Kraft des Glaubens und der „unendliche Glauben an die Kraft Europas“ beeindruckt. In Polen erwarte man, daß man ihnen nicht „in der Art des großen Onkels“ begegne, man erwarte vielmehr, „daß jeder sein Know-how zur Verfügung stelle, um etwa ein privatwirtschaftliches Warenverteilungssystem aufzuziehen. Hierzulande sollte man sich gegenseitig helfen, daß wir jenes Stehvermögen haben, damit aus dieser friedlichen Entwicklung in Polen nicht irgendwann ein blutiges Ende wird“.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) teilte mit, daß auf seine Initiative hin zum Empfang für Lech Walesa auch die Fraktionsvorsitzenden geladen worden seien; das Gespräch vorher finde unter vier Augen statt: „Anders ließe es sich nicht einrichten.“

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) stellte klar, es habe ihm ferngelegen, irgendwelche Erinnerungen an den „SED-Staat“ aufkommen zu lassen. Er wolle nur auf die politische Literatur früherer Jahre hinweisen, wo es etwa den „CDU-Staat“ gegeben habe. Aber ausgehend von der heutigen Lage gehöre es der Vergangenheit an, daß das ganze Parlament die Regierung kontrolliere: „Die Regierung wird allenfalls von der Opposition kontrolliert. Regierungsmehrheit und Mehrheitsfraktion sind eine Einheit.“

**Ernst Walsken** (SPD) richtete das Augenmerk vor allem auf den Personalhaushalt des Landes, wobei er feststellte, daß eine Ausweitung der Personalstellen nicht gleichzeitig ein Mehr an Bürokratie bedeute: „90 Prozent des zusätzlichen Personals sind nicht in Bürokratie gegangen, sondern in Schulen, Hochschulen, Polizei, Justizvollzug und ähnliche Bereiche.“ Das bewirke mehr Schutz und Sicherheit für den Bürger, unterstrich Walsken. Die Haushaltskonsolidierung habe im Lande funktioniert, man habe sogar eine leichte Absenkung der Personalausgabenquote zustandegebracht. NRW liege mit der Belastung an Personalko-



Dissens über Finanzlage der Gemeinden: v.l. Albert Leifert (CDU), Horst Henning (SPD), Rudolf Wickel (F.D.P.) und Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD).  
Fotos: Schüler

sten (1417 Mark pro Einwohner) im Ländervergleich weit unten. Und die Steuerfinanzierungsquote in NRW sei von 64,9 (1981) auf 76,2 Prozent im Jahr 1987 gestiegen — „das ist ein sagenhaftes Ergebnis“. Der Abgeordnete ging noch auf die aufgabenkritische Überprüfung der Landesverwaltung ein und lobte hier besonders den Beschluß des Düsseldorfer Regierungspräsidenten, seine Behörde durchleuchten zu lassen: Das Ergebnis dieser Untersuchung müsse auf andere Behörden übertragbar sein.

## Gemeindefinanzierung

**Albert Leifert** (CDU) meinte, es sei eindeutig festzustellen, die finanzielle Lage der Gemeinden habe sich in diesem Jahr wie schon im Jahr 1988 erheblich verbessert. Die Verbesserungen lägen neben der konsequenten Sparpolitik der Gemeinden in der Hauptsache auf der Einnahmenseite der kommunalen Haushalte. Als Gründe führte er an, die Gewerbesteuererinnahmen der Gemeinden wiesen augenblicklich hohe, wenn auch unterschiedliche Zuwachsraten auf. Ferner überstiegen die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer des Jahres 1989 alle Prognosen in erheblichem Maße. Die einzige dunkle Wolke am Horizont für die Gemeinden sei die Null-Runde bei den Schlüsselzuweisungen für die Kommunen im GFG 1989 der SPD-Landesregierung. Daß der Bund das Land NRW bei seinen vielfältigen Ausgaben im Stich gelassen habe, davon könne keine Rede sein. Kritisch merkte der Abgeordnete an, der Finanzausgleich des Landes in den vergangenen Jahren wie im GFG 1990 werde dem hohen Anspruch und den berechtigten Anliegen der Kommunen im Lande nicht gerecht. Durch eine Vielzahl von Kürzungen würden den Gemeinden jährlich über 3,3 Milliarden Mark im Vergleich zu 1982 entzogen.

**Horst Henning** (SPD) erklärte, mit dem vorgelegten Entwurf setze die Landesregierung die gemeindefreundliche Politik fort. Das Gesamtvolumen der finanziellen Zuweisungen erreiche mit annähernd 16 Milliarden Mark erneut einen Spitzenwert. Die Gesamtleistungen des Landes seien trotz der schwierigen mit Kohle und Stahl verbundenen Situation kontinuierlich auf hohem Niveau. Der Abgeordnete erinnerte daran, der Verbandsatz im kommunalen Finanzausgleich mit 23 Prozent sei und bleibe mit diesem Entwurf ebensohoch wie im finanzstärksten Flächenland Baden-Württemberg

und sei damit der zweithöchste nach Schleswig-Holstein. Durch die Politik des Landes seien die Städte der Region in die Lage versetzt worden, trotz erheblicher Belastungen den Umbau und den Sprung nach übermorgen, soweit es ihren Aufgabenbereich betreffe, mit zu bewältigen. Sehr schnell sei angesichts der Erfolge das Gerede vom Nord-Süd-Gefälle verstummt.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.), bilanzierte: „In NRW nicht Neues. Die Probleme sind geblieben, die notwendigen Veränderungen wurden nicht vorgenommen. Die Gemeinden zahlen weiter für die Zeche des Landes, und zwar für die Zeche einer mehr als unsoliden Finanzpolitik.“ Nach einem Vergleich seien in allen Flächenländern die Zahlungen an die Kommunen um 24 Prozent gestiegen, in NRW seien sie aber von 1980 bis 1988 um sechs Prozent gesunken. Fazit: In NRW rangieren die Kommunen „ganz hinten“. Auch Wickel stellte fest, daß die Kampagne gegen die angeblichen Mindereinnahmen durch die Bonner Steuerreform in sich zusammengebrochen sei, denn das Gegenteil stimme: „Die Steuern sprudeln überall.“ Da sich an der Systematik des GFG nichts geändert habe, treffe die bisher geübte Kritik weiter zu: ungerecht und überkompliziert. Nur wenn man einiges verändere, werde es als brauchbares Instrument einsetzbar. Das bedeute, für mehr Verteilungsgerechtigkeit, Stetigkeit, Berechenbarkeit und Transparenz zu sorgen.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) meinte zur Kritik der Opposition: „Wir haben blühende Städte, blühende Dörfer; wahrscheinlich nehmen Sie sie nicht einmal wahr.“ Die Opposition zeichne die Finanzlage der Gemeinden als glänzend, zeichne gleichzeitig die Finanzlage des Landes in den düstersten Farben. Wenn beides stimmen sollte, müßte die Opposition einen Antrag auf Kürzung des Verbandsatzes stellen. Denn hier gehe es nicht darum, daß Land und Gemeinden einen festen Besitzstand hätten, sondern es gehe um eine Solidargemeinschaft zwischen Land und Gemeinden. Zum Verbandsatz sagte der Minister, es würden auch in Zukunft 23 Prozent bleiben. Zu den Leistungen an die Gemeinden insgesamt erklärte Schnoor, NRW nehme mit seinem Finanzausgleich einen guten Mittelplatz ein. Die CDU habe jährlich das GFG kritisiert, die Verbandsatzsenkung auf 23 Prozent, aber dabei übersehen, daß NRW immer noch im Verhältnis zu den anderen Bundesländern günstig abschneide.

## Wegen Kriminalität

### Mehr Streifendienst im grenznahen Bereich ab 1990 gefordert

Auf Antrag der F.D.P.-Fraktion beriet das Plenum über ein Sonderprogramm zur Abwehr und Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden (Drs. 10/4467). Die Schaffung von Ausgleichsmaßnahmen zum Schengener Abkommen wurde hierbei von den Sprechern aller Fraktionen gefordert, die Notwendigkeit eines Sonderprogramms hingegen kontrovers diskutiert.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) erklärte in der Begründung des Antrags, daß gerade im grenznahen Bereich der Streifendienst der Schutzpolizei verstärkt werden müsse, um das Sicherheitsdefizit aufzufangen, das durch den Wegfall der Grenzkontrollen entsteht. Wenn die im Schengener Abkommen vorgesehenen Maßnahmen nicht realisiert würden, könnten die Grenzkontrollen am 1. Januar 1990 nicht entfallen. Insbesondere sei eine Verbesserung im Bereich des Fahrzeugsparks und der Funktechnik dringend erforderlich.

**Albert Klütsch** (SPD) wies darauf hin, daß Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) bereits erklärt habe, daß der 1. Januar 1990 nicht zu halten sei, weil es keine Ausgleichsmaßnahmen gäbe und das Sicherheitsdefizit zu groß sei. Es werde bei Stichprobenkontrollen bleiben. Auch im Bereich der personellen Verstärkung der Kriminalpolizei sowie der Verbesserung des Fahrzeugsparks lägen bereits konkrete Erklärungen des Ministers vor. Mit den Anträgen der drei Landtagsfraktionen und der Ankündigung des Innenministers sei eine ausreichende Grundlage für die Diskussion im Innenausschuß gegeben.

**Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg** (CDU) nannte es wenig einsehbar, daß das von der F.D.P. geforderte Sonderprogramm nur zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität zu den Niederlanden und nicht etwa gleichfalls zu Belgien dienen sollte. Abgesehen von der spezifisch niederländischen Drogenproblematik seien alle anderen Kriminalitätsprobleme mit Belgien weitgehend identisch. Des weiteren scheine die Überprüfung der Landesgesetze im Bereich der inneren Sicherheit auf Hindernisse, die einer effektiven polizeilichen Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten entgegenstünden, erforderlich zu sein.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) erinnerte daran, daß man bereits vor der Sommerpause sehr detailliert über das Schengener Abkommen gesprochen habe. Die Forderungen der F.D.P.-Fraktion seien demgegenüber entweder bei der Polizei längst Standard oder aber mit tatsächlicher Polizeiarbeit nicht vereinbar. Die Grenzkontrollen könnten solange nicht entfallen, solange die Ausgleichsmaßnahmen, die aufgrund des Schengener Abkommens notwendig seien, vom Bund nicht geleistet würden.

## Opposition befürchtet „Schülerzwangsbewirtschaftung“

### Klassenbildungsgesetz: In Schulen mit größerer Zügigkeit besuchen nur 28 junge Leute eine Klasse

Der Landtag hat in zweiter Lesung das Klassenbildungsgesetz im Gesetzentwurf der SPD-Fraktion entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung verabschiedet (Drs. 10/4279 und 10/4615). Nach dem Gesetz wird es künftig keine Klassen mit über 30 Schülern mehr geben. Bei Schulen mit größerer Zügigkeit soll die Zahl der Schüler je Klasse auf 28 begrenzt werden. Von seiten der Opposition wurde der Verdacht geäußert, daß dieses Gesetz zur Schülerzwangsbewirtschaftung in NRW führe. SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann hielt dagegen, es sei auch nicht an den Schimmer eines Zwanges gedacht.

**Dr. Manfred Dammeyer** (SPD) verwies darauf, das Gesetz sei eingebracht worden, nachdem man vorher in der Fraktion beschlossen habe, daß es künftig keine Klassen mit mehr als 30 Schülern geben solle, wenn neue Klassen eingerichtet würden. „Wir sind sicher, daß mit dem Gesetz, so wie wir es vorlegen, eine ausreichende Rechtssicherheit gewährleistet wird, unsere schulpolitischen Absichten zu verwirklichen“, sagte der Abgeordnete. An dem Prozeß, wie denn nun Klassen gebildet werden, seien die Gemeinden durch vielfältige schulorganisatorische Maßnahmen beteiligt. Einzelheiten des Gesetzes seien in einer Rechtsverordnung zu regeln. Dabei werde klarzustellen sein, daß Schulen mit einer größeren Zügigkeit auf 28 Schüler je Klasse begrenzt werden, und zwar wenn sie mehr als vier Züge hätten. Dann aber könnten diese Schulen auch keine kleinen Klassen bilden. Man bleibe dabei, daß die Hauptschule, wenn sie einzügig geführt werde, als Ausnahme im Gesetz verankert sei. Der schulpolitische Sprecher berichtete, daß es 1987/88 an den Grundschulen 161 Klassen mit einer Schülerzahl zwischen 31 und 35 und zwei Klassen mit mehr als 35 gegeben habe. An der Hauptschule gebe es 271 Klassen mit mehr als 30 Schülern, an der Realschule 1021 Klassen mit über 30 und 47 Klassen mit über 35 Schülern, am Gymnasium 1552 mit über 30 und 49 Klassen mit über 35 Schülern.

**Herbert Reul** (CDU) bezeichnete das Klassenbildungsgesetz als Musterbeispiel für sozialdemokratische Schulpolitik. Für die Grundschule ändere sich so gut wie nichts. Für die weiterführenden Schulen werde sich in Teilen etwas ändern. Kein Wort habe die SPD darüber verloren, daß dieses Gesetz Folgen für kleine Schulen haben werde. Die Botschaft des SPD-Gesetzes sei: Wenn man kleine Klassen haben wolle, müsse man Schulen zusammenlegen. Auf den Punkt gebracht, führe dieses Gesetz ferner zur Schülerzwangsbewirtschaftung in NRW. Die SPD habe von Anfang an versucht, die Festschreibung der Klassenhöchstzahl mit der Einschränkung von Schülerwahlfreiheit zu verbinden. Dazu rechnete der Abgeordnete auch den Bereich der privaten Ersatzschulen. Wenn das Gesetz die Größenordnung von Klassen herunterschreibe, müßten diese Schulen in Zukunft mehr Schüler abweisen.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD), Fraktionsvorsitzender, betonte dagegen, man lasse es nicht zu, daß die

Opposition in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecke, als ob auch nur die leiseste Andeutung eines Einflusses dahingehend ausgeübt werden solle, daß Eltern nicht bestimmen könnten, welche Schulart ihre Kinder besuchten. Ein Schulwechsel, bei dem in irgendeiner Form die Art der Schule eine andere sei, stehe überhaupt nicht zur Debatte. Auch bei den völlig gleichartigen Schulen sei überhaupt nicht an den Schimmer eines Zwanges gedacht.

## Keine Kleinstschulen

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) ging auf zwei Strömungen innerhalb der SPD-Mehrheitsfraktion und der Landesregierung ein. Die Finanzpolitiker sparten um jeden Preis, auch auf Kosten der Ausbildung der Kinder. Wickel folgerte ferner: „Sie wollen mit Schule unsere Gesellschaft verändern“. Der Arbeitskreis 13 der SPD-Fraktion strebe Scheibchen für Scheibchen das Ziel an, aus NRW eine einzige Gesamtschule zu machen. Der Abgeordnete bezeichnete das Gesetz darüber hinaus als einen Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung, als einen Angriff auf den Elternwillen. Es werde jetzt freiwilliger Zwang eingeführt. Das Gesetz sei auch ein Angriff auf die Schulen in privater Trägerschaft. Dieses Gesetz beseitige weiter den Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulen. Es bringe seine Lasten vom Land weg auf die Schulträger und die Schulleiter.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) sagte, eins sei richtig, man wolle keine Kleinstschulen, weil sie den Anforderungen von heute und für die Zukunft nicht genügten. Große Schulen hätten nicht nur eine etwas geringere Obergrenze der Klassenbildung, sondern auch eine sehr viel höhere Untergrenze. Der Minister merkte weiter an, man sei schon der Meinung, daß in NRW die Schulträger mitverantwortlich für eine vernünftige Regelung „in unserem Schulsystem“ seien. Diese könne doch nur lauten: Es müßten pädagogisch und ökonomisch verantwortbare Klassengrößen zusammengebracht werden. Darum gehe es hier.

**Dr. Eberhard Munzert**, Präsident des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen, hat den Leitenden Ministerialrat **Werner Brück** in den Ruhestand verabschiedet. Brück, früher Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Bochum, war seit 1971 beim Landesrechnungshof. Sein Nachfolger wurde **Dr. Hans Blasius**.

## Kritik an Strukturbeiräten

### Künstliche Aufregung über regionale Gremien

Der F.D.P.-Antrag „Warnung vor Strukturbeiräten — kein Ausstieg aus der staatlichen Verantwortung für die Wirtschaftsförderung und keine Übertragung der Entscheidungen auf diffuse Organisationseinheiten“ (Drs. 10/4527) wurde nach längerer Aussprache über das neue Konzept der Bündelung aller investitionswilligen Kräfte in den Regionen (gegen den Willen der Antragsteller in direkter Abstimmung) am 24. August mit den Stimmen der SPD-Mehrheit abgelehnt.

**Dr. Achim Rohde**, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, begründete den Antrag mit der Sorge vor der Ablösung des parlamentarischen Systems. „Wir halten nichts von der Einführung dieser Strukturbeiräte“, sagte er unter Hinweis auf eine Aussage des SPD-Fraktionsvorsitzenden, die Räte kollidierten mit den demokratisch gewählten Organen. Die SPD löse die staatliche Verantwortung für Wirtschaftspolitik ab und übertrage sie auf diffuse Organe. Die Entscheidungsbezugnis über Finanzen und Investitionen sei rechtswidrig und Antragstellern nicht zuzumuten. Auch gebe es keine Kontrolle. Bei Konsens sei nichts mehr nachprüfbar. Diese Art der Vergabe sei auch nicht mit dem Strukturhilfegesetz des Bundes vereinbar. „Es besteht die Gefahr, daß durch das Vetorecht einzelner Beteiligter strukturelle Maßnahmen unterbleiben“, zitierte der Redner eine Kritik. Demokratisch verwaltete Investitionsfonds, wie von den Jusos auf Bundesebene gefordert, seien reine Klüffelfonds. Der Kabinettsbeschluss bedeute die Einführung von Wirtschafts-, Sozial- und Strukturbeiräten durch die Hintertür und sei am Parlament vorbei geleitet worden.

**Loke Mernizka** (SPD) erwähnte Äußerungen der Opposition, wonach die freiwillige Selbstorganisation der Regionen positiv zu bewerten gewesen sei. Neue Wege zur Mobilisierung von Investitionskapital seien von der Mikat-Kommission empfohlen worden unter Einbeziehung der aktiven Kräfte. Nichts anderes passiere jetzt. Er sei für Wirtschafts- und Sozialräte. Das sei aber etwas ganz anderes. Anfangsschwierigkeiten seien noch keine falsche Politik. Kontrolle erfolge durch die Parlamente, die Haushaltsmittel zu genehmigen hätten. Die ZIN-Konsensbildung sei von Vorteil für die Regionen.

**Christa Thoben** (CDU) stimmte der gemeinsamen Absicht zu, die regionalen Kräfte zu mobilisieren. Aber die SPD lande dabei in zusätzlicher Bürokratie. Eine Entlassung der Regierung aus der Vergabe-Verantwortung werde nicht gewollt. Die Antwort des Wirtschaftsministers auf die Bitte der Rednerin um Klarstellung unterstreiche die Befürchtungen der Opposition, Investitionsvorhaben sollten vergesellschaftet und die kommunale Selbstverwaltung ausgehebelt werden. Die ZIN-Verfahren seien der Weg in eine andere Republik. Das mache die CDU nicht mit.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) beklagte, daß die SPD den Antrag trotz der vom Ältesten-

(Fortsetzung Seite 10)

## F.D.P.: Rechte an den Bürger

### „Gemeinden zahlen für Schuldenpolitik“

Über „Das Land und seine Gemeinden — eine erfolgreiche Partnerschaft“ debattierte der Landtag am 25. August. Während die Opposition der Regierung vorwarf, sie saniere ihren Haushalt auf Kosten der Kommunen, wiesen Sprecher der SPD auf die im Ländervergleich überdurchschnittlich hohe Finanzausstattung der Gemeinden in NRW durch das Land hin. (Wir setzen damit die Berichterstattung aus der vorigen Ausgabe fort.)

**Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.) warf der Landesregierung vor, sie habe ohne Gesamtkonzept, in jährlich unvorhersehbaren Aktionen die Gemeinden gezwungen, ihre schuldenproduzierende Politik mit mehr als 15 Milliarden Mark zu bezahlen. Die Landesregierung habe bei zurückgehenden Einnahmen den Verteilungsschlüssel mehrfach zu ihren Gunsten verändert. Weiterhin würden die Gemeinden, die Mißwirtschaft betrieben, zu Lasten der anderen belohnt. Darüber hinaus fehle es an einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen von Bürokratie und ihren lähmenden Auswirkungen für die bürgerchaftliche Selbstverwaltung vor Ort. Die Parteien müßten wieder Rechte an den Bürger zurückgeben, sonst spreche vieles dafür, daß der Wähler das etablierte System aus Protest von den Rändern her aufrolle.

**Horst Henning** (SPD) verwies darauf, daß der Bund durch seine Steuersenkungspolitik die Kommunen erheblich benachteiligt habe. Auch in den kommenden Jahren ergebe sich für die Gemeinden ein Verlust von rund 3,4 Milliarden Mark pro Jahr. Demgegenüber sei das „100-Millionen-Programm“ des Landes zur Förderung von Projekten in ländlichem oder kreisangehörigem Raum ein voller Erfolg geworden. Das Land habe die Gemeinden mit einem Finanzspielraum ausgestattet, der über dem Durchschnitt der anderen Flächenländer liege. Überdies seien die Kommunen, die besonders unter Strukturproblemen litten, durch gezielte und intelligente Maßnahmen in Form der Haushaltssanierungshilfe unterstützt worden.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) betonte, die Gemeinden hätten im Hinblick

auf die Entwicklung, die mit dem Jahr 1992 verknüpft sei, eine ausgezeichnete Startposition. Sie seien mit einer großen Unabhängigkeit von staatlichem Einfluß ausgestattet und besäßen eine gesicherte Finanzausstattung. Hinsichtlich des Länderfinanzausgleiches habe das Land Nordrhein-Westfalen den selben Verbundsatz, den auch Baden-Württemberg besitze, das bislang keine Strukturprobleme aufzuweisen habe. Die Leistungen, die die Kommunen aus dem Haushalt 1990 erhielten, lägen darüber hinaus deutlich über der Steigerungsrate des Landesetats. Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz habe man letztlich gemeinsam einen wichtigen Schritt getan. Eine gemeinsame Aufgabe stelle sich aber auch im Bereich des Kommunalrechts und der Kommunalverfassung.

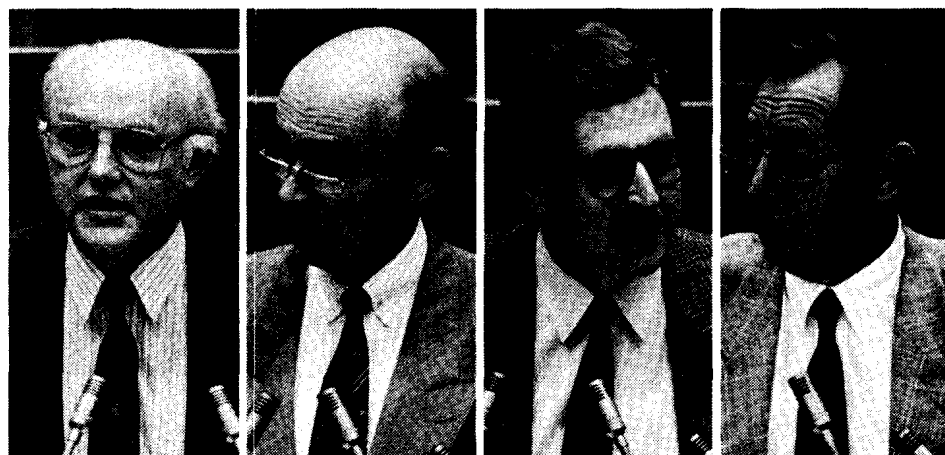
**Werner Stump** (CDU) warf der Landesregierung vor, sie habe den Städten und Gemeinden seit 1982 annähernd 20 Milliarden Mark entzogen. Die Kommunen hätten als Folge des Finanzzugs aus Düsseldorf in diesem Zeitraum durchschnittlich dreimal die Gewerbesteuer erhöht. Darüber hinaus trete man in umweltpolitischer Hinsicht in vielen Bereichen auf der Stelle. Besonders der Gewässerschutz und die Altlastensanierung seien Probleme, an die sich die Gemeinden noch nicht herantrauten. Ähnliches gelte für den Bereich der Lärminderung, den Bereich der rationalen Energieversorgung und den Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs.

**Herbert Schwirtz** (SPD) verwies auf die Zukunftsinitiative Montanregionen und das Strukturhilfeprogramm, durch die das Land zur Strukturverbesserung in den Regionen und damit in den Gemeinden beitrage. „Viele Stimmen aus Wirtschaftskreisen“ zeigten, daß man auf dem richtigen Weg sei. Die Opposition solle das endlich zur Kenntnis nehmen.

**Friedrich Hofmann** (SPD) forderte die Bundesregierung auf, sich stärker an den Investitionen im Umweltbereich zu beteiligen. Die Städte und Gemeinden seien hier in technischer und personeller Hinsicht hoffnungslos überfordert. Ziel müsse es sein, bis 1995 die weltweit grünste und sauberste Industrieregion (der Welt) zu werden.

**Jürgen Thulke** (SPD) betonte, die Landesregierung habe in der Stadtentwicklungspolitik neue Akzente gesetzt. Seit 1985 habe

Fortsetzung Seite 11



Die Lage der Gemeinden im Widerspruch (v.l.n.r.): Reinhard Wilmbusse (SPD), Albert Leifert (CDU), Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) und Dr. Herbert Schnoor (SPD).  
Fotos: Schüler

## Hörgeschädigte: Mängel bei der Frühdiagnostik

### Fraktionen einig in ihrem Bemühen um baldige Abhilfe

Das Schicksal hörgeschädigter Menschen im Lande zu erleichtern, ist Gegenstand einer Antrags der CDU-Fraktion (Drs. 10/4457), über den der Landtag am 24. August debattierte. Vor allem über die Forderung, Landesärzte nach dem Bundessozialhilfegesetz für Hörgeschädigte zu installieren, wird noch Gegenstand der Erörterung im Gesundheitsausschuß (federführend) sein, an den der Antrag einstimmig verwiesen wurde.

**Georg Gregull** (CDU) stellte bei der Antragsbegründung erhebliche Mängel in NRW bei Diagnostik, Früherkennung und Frühförderung hörgeschädigter Menschen fest. Dabei sei erwiesen, daß nicht festgestellte Hörschäden und Fehldiagnosen dazu führten, daß Kinder in Sonderkindergärten oder Sonderschulen landeten, die durchaus in der Lage seien, die Regeleinrichtungen zu besuchen. Der Abgeordnete wies die Defizite im einzelnen nach: Die Diagnostik von Sprachstörungen im Kindesalter stecke noch in den Kinderschuhen; zwar gebe es im Lande ausreichend gute rehabilitative Möglichkeiten — „allerdings erfolgt gerade in diesem Bereich sehr viel Rehabilitation ohne ausreichende Diagnostik“.

**Bodo Champignon** (SPD) begrüßte grundsätzlich den Antrag, machte aber für seine Fraktion bei den Landesärzten Bedenken geltend. Die Betroffenen seien in der Frage der Früherkennung bei den Gesundheitsämtern ortsnah in guten Händen, fand er und betonte, während Früherkennung fast ausschließlich eine medizinische Leistung sei, stellten Frühbehandlung und Frühförderung eine integrierte Leistung von Ärzten, Psychologen, Heilpädagogen und Akustikern dar. Gerade aber die Frage nach einem optimalen Konzept befinde sich im Expertentstreit.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) räumte ebenfalls Mängel in der Früherkennung ein; aber sie lägen nicht nur in der mangelnden Koordination der Behörden, „das liegt auch an der Uninformiertheit und am Desinteresse einiger Eltern“. Immer noch nähmen

mit zunehmendem Lebensalter immer weniger Eltern an den kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen teil. Wenn dann eine Behandlung vorgeschlagen werde, müßten die Eltern auch dafür sorgen, daß diese Behandlung durchgeführt und vor allem auch beendet wird. Die Sprecherin richtete die Aufmerksamkeit auch auf die durch Walkman und Disco später erworbenen Hörschäden: Hier seien Aufklärung, Prävention, Gesundheitserziehung und Verantwortungsgefühl des einzelnen wichtig.

**Otti Hüls** (CDU) stellte bei der Schilderung der Situation im Lande fest, es gebe in NRW ein „eklatantes Bedürfnis nach Intensivierung phoniatriischer pädaudiologischer Versorgung“. Aber auch wissenschaftliche Aktivitäten seien unumgänglich. Alles in allem bleibe festzuhalten, daß die ambulante Versorgung „schlicht unzureichend“ sei. Dabei wüßten alle, daß die Entwicklung eines Kindes von der normalen Funktion seiner Sinnesorgane abhängig sei. Darum habe die CDU die Berufung von Landesärzten gefordert, sie sollten „als Ombudsmann und als Koordinator zwischen den verschiedenen Hilfsorganisationen wirken können“.

**Gesundheitsminister Hermann Heinemann** (SPD) betonte ebenfalls, Frühförderung verlange „das gebündelte Miteinander aller an der Behindertenarbeit beteiligten Personen“. Die Gesundheitsämter sollten mehr als bisher in die Frühförderung eingeschaltet werden; die ärztliche Fortbildung sei zu intensivieren, die technischen Möglichkeiten der Frühdiagnostik und Frühförderung müßten stärker genutzt werden und die Gesundheitsämter Koordinierungsaufgaben stärker wahrnehmen.

**Horst Gregull** (CDU) machte deutlich, daß der Landesarzt nicht im Einzelfall tätig, sondern zur Koordinierung der einzelnen Hilfsmaßnahmen tätig werden solle. Der Abgeordnete regte eine Anhörung des Ausschusses an.

**Reinhold Trinius** (SPD) machte auf das Engagement von Eltern aufmerksam, die selbst bei aussichtslosen Prognosen die Hoffnung nicht aufgegeben hätten. Sie hätten nach Mitteln gesucht, um ihrem Kind zu helfen, hätten sich umgehört, jede Möglichkeit ausgeschöpft und „uns da auf neue Wege gebracht“. Angesichts dieser Erkenntnis müsse es doch möglich sein, zu einem gemeinsamen Vorgehen zu gelangen.



Einigkeit im Bemühen um Hilfe für hörgeschädigte junge Menschen (v.l.n.r.): Bodo Champignon (SPD), Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.), Otti Hüls (CDU) und Minister Hermann Heinemann (SPD). Fotos: Schüler

## Initiative gegenüber Rechnungshof stärken

Über Wege, das Initiativrecht des Parlaments gegenüber dem Landesrechnungshof (LRH) zu stärken, wird sich der kommende Landtag intensiver auseinandersetzen. Diese Meinung wurde einhellig bei der Plenardebatte über den Jahresbericht über die Ergebnisse der Prüfungen im Geschäftsjahr 1988/89 (Drs. 10/4597) und über die Haushaltsrechnung des Landes NRW für das Rechnungsjahr 1987 (Antrag der Landesregierung, Drs. 10/4596) vertreten.

**Ernst Walsken** (SPD) nannte unter anderem als besonders gewichtiges Problem aus dem Bericht des LRH die „großen Steuerfälle“, bei denen das Land etwa 250 Millionen Mark Mindereinnahmen zu verzeichnen habe. Grund: Es seien rechtskräftig begünstigende Steuerbescheide ergangen; danach könne man das Geld nicht mehr zurückholen. Walsken appellierte an den Finanzminister, noch mehr als bisher an organisatorischen Vorkehrungen zu treffen, um diese Fälle in den Griff zu bekommen. Zur angekündigten Prüfung der Ausgaben der Landtagsfraktionen durch den LRH meinte er, sie müßten die Kraft haben, „die Prüfungen des LRH, die sie sonst bei jedem Empfänger auch kleinerer Beträge anmahnen, auch über sich ergehen zu lassen“. Zu überlegen sei in Zukunft, ob das Initiativrecht des Parlaments bei der Auswahl der Prüfungsgebiete — bisher allein in die Kompetenz des LRH gestellt — ausgebaut werden kann. In den USA habe man ein Kontrollsystem kennengelernt, das die Einwirkungsmöglichkeiten vergrößere.

**Leo Dautzenberg** (CDU) griff diesen Gedanken auf: Es sei diskussionswürdig — dann aber auf der Grundlage des „ureigsten und ursprünglichen Parlamentsverständnisses“ —, das Initiativrecht gegenüber dem LRH zu stärken. In Sachen Klinikum Münster nannte er es einen aufklärungsbedürftigen Widerspruch, wenn einerseits festgestellt werde, im Gesamtkomplex sei nicht mehr als ursprünglich vorgesehen abgerechnet worden, in Teilabrechnungen sei aber Mißbrauch vorgekommen. Kritisch vermerkte Dautzenberg, daß eine Universitätsklinik von vornherein knapp 16 Millionen Mark (ohne nähere Begründung als „strukturelle Unwirtschaftlichkeit“) nicht in die Pfleigesatzverhandlungen mit den Krankenkassen eingebracht habe. Zum Haushaltswesen des Landes merkte der Sprecher an, es müsse künftig genau definiert werden, was Kreditfinanzierung sei und was der Begriff der öffentlichen Investition bedeute.

**Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.) machte auf einen weiteren diskussionswürdigen Sachverhalt aufmerksam: Der LRH wähle aus seiner Tätigkeit frei aus, was er dem Landtag zur Beratung zur Verfügung stellt. Der Landtag habe bisher keine Möglichkeit, auf andere Prüfungsergebnisse zurückzukommen. Da sollte der LRH zumindest eine Liste dieser übrigen Felder dem Parlament zur Verfügung stellen, damit man solche Ergebnisse wie auch immer aufgreifen könne. Riemer lobte die sachliche Arbeit im Haushaltskontrollausschuß und regte aus der Erfahrung der letzten Jahre Überlegungen zu Sanktionen an, wenn nämlich wie des öfteren auf die Monita seitens der Exekutive nicht die vom Parlament geforderte Abhilfe erfolge.



Bei der Debatte über den Antrag der CDU-Fraktion zur Abwasserbeseitigung (Drs. 10/3035) hielt der Sprecher der Christdemokraten, Werner Stump, der Landesregierung Ahnungslosigkeit vor. Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) konnte indessen der Kritik Zahlen gegenüberstellen. Von 1976 bis 1985 ist nach seinen Angaben der Anschlußgrad an vollbiologischen Kläranlagen in Nordrhein-Westfalen von 58 auf 90 Prozent gewachsen. Entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz wurde der Antrag für erledigt erklärt.

**Werner Stump** (CDU) betonte, die CDU wolle mit ihrem Antrag einen Bericht haben über die fehlenden Anschlußmöglichkeiten, vorwiegend im ländlichen Raum, über das Erfordernis nachzurüstender und neu zu errichtender Abwasserbehandlungsanlagen, über den besorgniserregenden Zustand vieler Abwasserkanäle und Anschlußleitungen, über die Gebührenentwicklung und über die Zuschußmöglichkeiten. Mit der Antragstellung sei klar geworden, daß das Land keine Ahnung gehabt habe von dem Volumen der geplanten kommunalen Abwasserbeseitigungskonzepte, von dem besorgniserregenden Ausmaß vieler defekter Abwasserkanäle und Anschlußleitungen. Der Abgeordnete unterstrich, die Abwasserabgabe sei keine Leistung der Landesregierung, sondern eine Abgabe von Industrie und Gemeinden. Wenn man erkenne, daß auf Grund der Abwasserbeseitigungskonzepte in der Eifel Abwassergebühren von 12,80 pro Kubikmeter Abwasser in den nächsten Jahren zu erwarten seien, und es im Rhein-Sieg-Kreis eine Gemeinde mit über 14 Mark gebe, dann gehe die Gebührenscheere zwischen dem ländlichen und dem großstädtischen Raum zu weit auseinander.

**Johannes Gorlas** (SPD) betonte dagegen, man habe in NRW im Bereich der Abwasserbeseitigung viel geleistet. Noch erheblich mehr habe man vor sich. Auch bei den zehn Prozent, die nicht an vollbiologische Kläranlagen angeschlossen seien, müsse man zu für den Gewässerschutz akzeptablen Lösungen kommen. Auch in Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte gelte das Was-

## CDU: In Eifel und Rhein-Sieg-Kreis zu hohe Gebühren

### Matthiesen: Gemeinden müssen in zehn Jahren rund 30 Milliarden für Abwassermaßnahmen aufbringen

serhaushaltsgesetz. Das rechtliche Instrumentarium sei vorhanden. Die Probleme lägen im Vollzug. Hier bestehe das große Defizit. Die Pflicht zur Abwasserbeseitigung liege seit Jahrzehnten bei den Gemeinden. Diese hätten nach KAG die Kosten auf die Verursacher als Gebühren umzulegen. Das Land gebe Zuschüsse zum Bau von Kläranlagen. Das sei aber nie eine indirekte Gemeindefinanzierung gewesen. Vor der heutigen wasserrechtlichen Kulisse wäre eine allgemeine Erhöhung des Fördersatzes nach dem Gießkannenprinzip ein Schritt in die falsche Richtung. Richtiger wäre es, die Landesmittel gezielt für eine über den Mindeststandard hinausgehende Abwasserreinigung, für verbesserte und neue Reinigungsverfahren einzusetzen.

**Friedel Meyer** (F.D.P.) vermutete, die Gemeinden müßten mit weitaus höheren Kosten als die vom Umweltminister angegebenen 29 Milliarden Mark für die nächsten zehn Jahre rechnen. Auch Meyer kritisierte, daß der Bürger im ländlichen Raum etwa doppelt so hohe und mehr Gebühren für Schmutzwasser aufzubringen habe wie der Bürger in der Stadt. Er richtete die Frage an den Umweltminister, wo er beabsichtige, eine Grenze der sozialen Zumutbarkeit zu ziehen. Der Abgeordnete sprach sich dafür aus, endlich einmal das Ergebnis der Pilotprojekte für Kleinkläranlagen vorzulegen. Außerdem sollte den Gemeinden freigestellt werden, ob sie die Abwasserfertigungsanlagen in eigener Regie durch die Wasserverbände oder durch private Unternehmen betreiben ließen.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) unterstrich, die Abwasserbeseitigung sei seit Jahren ein wesentlicher Schwerpunkt des Umweltschutzes in NRW. 1976 seien erst rund 58 Prozent der Einwohner an vollbiologische Kläranlagen angeschlossen gewesen. Bis 1985 sei der Anschlußgrad auf 90 Prozent gewachsen. Für den Neu- und

Ausbau von Kläranlagen ergeben sich nach den Worten des Ministers folgende Schwerpunkte: Abschluß des Neubauprogramms der Sanierung vorhandener Abwasseranlagen; Ausbau und Sanierung des Kanalisationsnetzes; Bau von Anlagen zur Beseitigung des Niederschlagswassers; Bau von Anlagen zur weitergehenden Abwasserbehandlung, zur Reduzierung und Minimierung der Nährstoffe Stickstoff und Phosphat sowie Einführung des Standes der Technik für alle Wassereinleiter mit gefährlichen Schadstoffen. Für alle von ihm genannten Abwassermaßnahmen inklusive Kanalisierung würden innerhalb der nächsten zehn Jahre von den Kommunen alleine in NRW rund 30 Milliarden Mark aufzubringen sein. Der Minister sprach sich dafür aus, im ländlichen Raum angepaßte Lösungen zu finden. Eine weitgehende Trennung der Abwasserströme nach ihrer Behandlungsbedürftigkeit sei ein wichtiger Ansatzpunkt für künftige Überlegungen.

**Werner Stump** (CDU) sagte ergänzend, die CDU sehe den Umweltschutz in der Abwasserentsorgung mit absolutem Vorrang. Hier solle im Interesse des gesteckten Zieles kein Abstrich gemacht werden, auch zum Schutze der Nordsee.

## Landtagswahl am 13. Mai 1990

Die nächsten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen werden am Sonntag, dem 13. Mai 1990, stattfinden. Diesen Termin legte die Landesregierung auf Vorschlag von Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) fest. Die Wahlvorschläge der Parteien müssen bis zum 9. April eingereicht werden. Zuletzt war fast auf den Tag genau fünf Jahre vorher, am 12. Mai 1985, ein neuer NRW-Landtag gewählt worden.



Der neue Landtag am Rhein ist inzwischen zu einem sehr beliebten Reiseziel vieler privater und offizieller Gruppen aus dem Land geworden: Das Bild links zeigt eine Abordnung der Bundeswehr, rechts eine Gruppe älterer Mitbürger bei einer Plenardebatte. Fotos: Schüler

## Debatte über Handlungsfähigkeit der Polizei

### Opposition hält Innenminister Untätigkeit vor

Der Landtag hat am 24. August nach eingehender Debatte den Antrag der F.D.P.-Fraktion „Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Polizei“ (Drs. 10/4552) an den Ausschuß für Innere Verwaltung (federführend) und den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) sagte bei ihrer Begründung: „Unser Anliegen ist es, die Polizei wieder in einen Stand zu versetzen, daß sie tatsächlich bürgernahe Arbeit leisten und dem Bürger entgegenkommen kann und ihn nicht abwimmeln muß.“ Dazu solle der Innenminister ein Konzept vorlegen, „um die Handlungsfähigkeit der Polizei zu gewährleisten“. Die Lage sei doch so, daß seit 1980 die Polizeistärke zurückgegangen sei, während die Belastungen weiter gestiegen seien. Man brauche also mehr Personal, wenn — wie es die Landesregierung vor habe — 700 Polizisten eingestellt würden, bleibe es Tatsache, daß die „Decke hinten und vorne nicht reicht“. Die Polizei müsse zudem von Aufgaben entlastet werden, etwa beim Personen- und Objektschutz in Bonn, der von seriösen privaten Bewacherfirmen übernommen werden könnte. Es sei zudem unhaltbar, daß nach 16 Uhr wegen des Dienstschlusses bei den örtlichen Ordnungsbehörden die Polizei deren Aufgaben mit zu übernehmen habe. Außerdem seien die Ausrüstung mit modernen Computern voranzutreiben und die Zusammenarbeit zwischen Schutz- und Kriminalpolizei zu verbessern.

**Horst Hein** (SPD) urteilte über den Antrag: „Er ist zum Teil überholt, zum Teil schlicht abzulehnen, und er befaßt sich zum Teil mit einem Bereich, für den der Innenminister keine Handlungskompetenz hat“. Überhaupt sei die Formulierung seines Titels „ein starkes Stück“, beinhalte sie doch, daß die Polizei handlungsunfähig sei. Es sei nicht alles, eine Erhöhung der Polizeistärke zu fordern; für ihn, Hein, sei die Besoldungszufriedenheit der Polizei ebenso wichtig. Es sei „schlimm“, daß die F.D.P. mit der Privatisierung nicht einmal vor dem Sicherheitsbereich halt mache. Zustimmung könne er dagegen voll dem Ansinnen, die Polizei von Aufgaben zu entlasten.

**Heinz Paus** (CDU) sekundierte der F.D.P.: Die aufgeworfenen Fragen des Antrags stünden immer noch auf der Tagesordnung des Parlaments. An den Innenminister gewandt meinte er: „Es hat sich nichts geändert, und zwar deshalb nicht, weil Sie anscheinend nicht die Kraft dazu gefunden haben.“ In der Personalpolitik folge der Minister den „kurzfristigen Vorgaben seines Kollegen Finanzministers“. Es gebe auch keine Aufgabenprognose. Nur bei der Funktionsbewertung habe die Opposition „durch ständiges Nachbohren einen gewissen Fortschritt erzielt“. Es sei dringend geboten zu prüfen, ob das Besoldungsgefüge der Polizei noch stimme, „ob die Polizei im Vergleich

zu anderen Bereichen der Verwaltung, zum Beispiel dem Bereich der Kommunalverwaltung, noch richtig einsortiert ist“. Bei der technischen Ausstattung sei vor Ort festzustellen, daß von der tollen Ausstattung in den Chefetagen bei den Polizeidienststellen so gut wie nichts angekommen sei. Was die Aufgabenverlagerung angehe, so sei für die CDU die Privatisierung „kein Fetisch“.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) warf dem Sprecher der SPD vor, er nehme die tatsächliche Lage bei der Polizei nicht zur Kenntnis. „Ich sage Ihnen noch einmal“, fuhr sie fort, „sprechen Sie mit den Bürgern. Jeder Bürger erlebt es tagtäglich, wie bei ihm in der Nachbarschaft eingebrochen wird, wie die Polizeibeamten nicht mehr kommen können, wie sie keinen Tatort mehr aufnehmen können.“

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) wies das Zerrbild zurück, „der Innenminister und die Landesregierung kümmern sich überhaupt nicht um die Polizei“. Der Antrag betreibe „Etikettenschwindel“, indem er Maßnahmen fordere, die die Landesregierung entweder längst getroffen oder eingeleitet hat. So sei man schon seit einem Jahr mit einem Konzept zur Funktionsanalyse beschäftigt. Die Kommunikationsanalyse gehe auf seinen Auftrag zurück. Und was den Objektschutz angehe, so sei das eine wichtige polizeiliche Tätigkeit, „die ich nicht von einer Wach- und Schließgesellschaft wahrnehmen lassen kann“. Das Problem liege vielmehr darin, daß ein Teil der eingesetzten Beamten unzufrieden sei, weil er in seinen Heimatbereich zurückwolle. Was die Polizeistärke angehe, so „werden wir im Jahr 1989 insgesamt rund 1 000 Kräfte mehr bei der Polizei haben“. Die bei der Kommunikationsanalyse vorgeschlagenen Maßnahmen erforderten zehn Jahre Zeit und einen Mittelbedarf von 300 Millionen Mark. Der Minister zum Schluß: „Ich stehe nach wie vor uneingeschränkt vor unserer Polizei und lasse mich auch von niemanden irremachen.“

**Wolfram Dorn** (F.D.P.) verwies auf die lange Zeit, die seit dem Auftrag zur Erstellung einer Funktionsbewertung der Polizei vergangen sei. Was Bonn angehe, so sei dies eine spezielle Situation: Er könne gut verstehen, daß Bereitschaftspolizisten nach jahrelanger Ausbildung, von der sie dort nichts anwenden könnten, wegwohnten. Da müsse man mit den Beamten reden, „in welchen Zeiträumen sie endlich zu dem Einsatz kommen, für den sie teuer genug ausgebildet werden“.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) stellte klar: Es gebe 550 Beamte in Bonn, die dauernd im Objektschutz sind: „Hier herrscht keine Unzufriedenheit über die Tätigkeit.“ Bei den übrigen Beamten sei es ein Problem, „daß sie nicht wissen, wie lange sie noch in Bonn sind“.

**Leonard Kuckart** (CDU), Landtagsabgeordneter, ist auf dem Kreisparteitag der Union des Ennepe-Ruhr-Kreises in Gevelsberg erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt worden. Der Politiker aus Schwelm erhielt 175 Ja-Stimmen. Sieben Delegierte enthielten sich der Stimme.

### Strukturbeiräte...

Fortsetzung von Seite 7

rat empfohlenen Ausschußüberweisung ablehnen wolle. Sie wolle ein unangenehmes Thema im Keim ersticken. Der Bündelung der regionalen Kräfte stimme die F.D.P. zu. Die vorrangige Förderung von Projekten, über die Konsens erzielt worden sei, müsse jedoch angezweifelt werden. Minister Heineemann habe bereits die Antragsbearbeitung in Regionalagenturen empfohlen. Würden diese Vorstellungen verwirklicht, wäre das ein ganz großes Minus für die Wettbewerbssituation in NRW.

**Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen** (SPD) äußerte Verwunderung über die seltsamen Vorstellungen der Opposition und wies Vermutungen zurück, Verantwortlichkeiten sollten verschoben werden. Der Zeitdruck sei nicht gut gewesen. Mit schiefen Argumenten ziehe sich jetzt offenbar die Opposition aus der gemeinsamen Verantwortung zurück. Die Landesregierung wolle nichts anderes als die stärkere Beteiligung der Regionen in einem bei Ausbildungsplatz- und Technologierunden bereits bewährten Verfahren. Aus der erfolgreichen Synthese aktiver Strukturpolitik und konjunkturellem Aufschwung wolle die Opposition offenbar aussteigen. NRW rangiere weltweit damit an der Spitze, seine Erfahrungen würden nachgefragt. Der erfolgreiche Vorgang, Projektträger stärker einzubeziehen, werde diffamiert. Mit dem Kabinettsbeschluß habe das alles nichts zu tun. Den Herausforderungen des Binnenmarkts solle in den Regionen gemeinsam begegnet werden.

**Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) bestand auf Überweisung des Antrags in die Ausschüsse, da die Debatte nicht abgeschlossen sei. Rechtsstaatlich problematisch sei die vorrangige Behandlung von Projekten, über die in den Strukturbeiräten Konsens erzielt worden sei. Der Rechtsweg bei der Übertragung staatlicher Aufgaben sei nicht genug beachtet worden. Die Strukturbeiräte seien demokratisch nicht legitimiert. Die kommunale Selbstverwaltung sei tangiert. Ein weiteres Stück Glaubwürdigkeit der Politik werde auf's Spiel gesetzt.

**Arbeitsminister Hermann Heinemann** (SPD) stellte Übereinstimmung mit einem europaweiten Konzept fest. Es sei bürgernahe und fachbezogene Politik vor Ort, wenn sich die Landesregierung von Beiräten die Situation schildern lasse. Die Aufregung sei künstlich und gehe an der Sache vorbei.

**Ernst-Otto Stüber** (SPD) stimmte weiteren Beratungen zu, lehnte aber eine wahltaktische Kampagne ab. Der vom Minister angekündigte Erfahrungsbericht solle abgewartet werden. Es sei Wille des Parlaments gewesen, für die Regionen nicht ein Bürokratenprogramm auszuarbeiten, zitierte er den F.D.P.-Sprecher 1988 und weitere Oppositionsstimmen früherer Monate. Nachdem man diesen Empfehlungen gefolgt sei, werde im Zeichen des Aufschwungs das Verfahren nun mies gemacht. Diese Doppelstrategie sei nicht zulässig. Niemand bestreite, daß am Erfolg der Initiativen die finanzielle Unterstützung des Bundes beteiligt sei. Über mehr Teilhabe der Bezirksplannungsrate könne man reden.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) warnte vor dem neuen Weg bei der Regionalförderung und wiederholte die Bedenken gegen die Verknüpfung von Projektbewilligung mit dem Konsens vor Ort. Weder Konsenspflicht noch Vorrangigkeit solle es geben, auch nicht die Entparlamentarisierung der Wirtschaftsförderung.

**Hartmut Schauerte** (CDU) meinte, die SPD habe vor der Sommerpause ihre Wirtschaftspolitik entscheidend geändert. Bei dem Verfahren sei nichts klar. Vor der gefährlichen Entwicklung, demokratisch nicht legitimierte Gremien entscheiden zu lassen, warnte er. Ein Prozeß der Interessenverbände mit Zufälligkeiten entstehe. Die CDU sehe Anfänge der Vergesellschaftung von Investitionsentscheidungen. Bei der Investitionsbank gebe es Indizien, daß der Staatsbankanteil der WestLB bewußt ordnungspolitisch-ideologisch vergrößert werden solle.

**Joachim Westermann** (SPD) räumte ein, aufgrund der kurzen Fristen habe es diskussionswürdige Vorgänge gegeben. Nüchtern und ohne Polemik sollten Erfahrungen ausgewertet werden. Mit dem F.D.P.-Antrag sei jedoch ein Popanz aufgebaut und eine Phantomdiskussion angezettelt worden. Es bleibe wie vorher: Konsensbildung vor Ort. Die Polemisierung im Landtag zeige Distanz und beleidige die konstruktive Mitarbeit vor Ort. Gemeinsamkeiten sollten nicht wegen des Wahlkampfes zerredet werden.

## Rechte an den Bürger ...

Fortsetzung von Seite 7

das Land gut 3,2 Milliarden Mark über die Städtebauförderung zur Verfügung gestellt. Der Bundeszuschuß habe lediglich 954 Millionen Mark betragen. Die Mikat-Kommission habe in ihrem Bericht die Leistungen auf diesem Gebiet ausdrücklich anerkannt.

**Ingeborg Friebe** (SPD) wies auf die bundesweit vorbildlichen Ergebnisse im Sozialbereich hin. Bei den Kindergartenplätzen sei eine Versorgungsquote von 80 Prozent erreicht. Im Jugendbereich gebe es ein Netz von 1 100 Freizeitanlagen. Dieser sozialpolitischen Leistung von Land und Kommunen stehe die besondere Belastung der Sozialhilfeausgaben gegenüber, die sich explosionsartig erhöht hätten.

**Franz Püll** (CDU), Landtagsabgeordneter, soll nach der Wahl im Mai 1990 wieder in den Landtag einziehen. Mit 72 Ja-Stimmen bei fünf Enthaltungen und acht Nein-Stimmen benannte die Kreisvertreterversammlung Püll zum Kandidaten des Landtagswahlkreises Mülheim-Süd.

**Josef Reding**, aus Castrop-Rauxel stammender Schriftsteller, wird zum 15. „Bürger des Ruhrgebiets“ ernannt. Diesen Ehrentitel erhält der Autor, der sich vor allem in vielen Kurzgeschichten als engagierter Zeit- und Gesellschaftskritiker erwiesen hat, durch den Verein „Pro Ruhrgebiet“ am 15. September in Dortmund zuerkannt. Die Laudatio hält der Direktor des Kommunalverbandes Ruhr, **Professor Dr. Jürgen Gramke**. Zu den bisherigen „Bürgern des Ruhrgebiets“ zählt u. a. der Essener Kardinal **Dr. Franz Hengsbach**.

# Beschleunigung von Genehmigungsverfahren

## Fristen sollen Verfahren abkürzen

*Ein Gesetzentwurf der F.D.P. zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren (Drs. 10/4533), das Bearbeitungsfristen im Wasser-, Abfall- und Landschaftsgesetz sowie der Landesbauordnung vorsieht, wurde nach erster Lesung am 25. August in die Ausschußberatung überwiesen. Im Gegensatz zu den Fraktionen sah Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) keinen parlamentarischen Entscheidungsbedarf.*



*Behördenvorgänge zur Genehmigung von Investitionsvorhaben sollen beschleunigt werden, soweit die Rechtslage es erlaubt (v.l.): Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Gerd Wendzinski (SPD), Hans-Karl von Unger (CDU). Fotos: Schüler*

**Dr. Joachim Rohde**, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, sagte: „Selten haben wir auf eine parlamentarische Initiative soviel Zustimmung gefunden“ und zählte dazu Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern, Verbände und Unternehmen auf. Außer Fristen für Entscheidungen schlage die F.D.P. direkte Umwelt-Ansprechpartner, zügigere Vorberatung, Einschaltung qualifizierter Privatunternehmen, das Sternverfahren für Behördenrückäußerungen und Termine für die Auslegung der Unterlagen vor. Hoher Umstellungsbedarf in NRW entstehe für Unternehmen, weil Produkte in immer kürzeren Zyklen auf den Markt geworfen werden müßten. Lange Verfahren könnten sie sich nicht leisten.

**Gerd Wendzinski** (SPD) bemerkte, die Dauer von Genehmigungsverfahren sei kein spezifisch nordrhein-westfälisches Problem. Wegen der Altlasten durch über 100jährige Industriegeschichte seien komplizierte ökologische Untersuchungen nötig. Neue Techniken und neue Verfahren erforderten besser qualifiziertes Personal in den Ämtern. Einige F.D.P.-Vorschläge seien bereits von der Regierung aufgegriffen, andere nicht praktikabel. Fehlerhafte Ermessensentscheidungen aufgrund unvollständiger Unterlagen verlängerten nur die Verfahren. Über Verzögerungen werde in den letzten anderthalb Jahren kaum noch geklagt, allerdings seien die bestens ausgebildeten Fachbeamten häufig überlastet. In den Kommunen gebe es manchmal zu hohen eigenen Aufwand. Zeitverzögerung sei häufig ein Preis unserer Demokratie. Selbstverwaltung dürfe nicht die gesamte Staatsverwaltung lähmen. Regelwerke wie

die TA Luft sollten auch für andere Bereiche entwickelt werden. Bei immer komplexeren Auflagen werde in den Behörden engagierte Arbeit geleistet.

**Hans-Karl von Unger** (CDU) dankte für die vom Vorredner vorgetragenen Beispiele und notierte weiteren Beratungsbedarf. Die Statistik des Umweltministers täusche, Vorklärungszeiten seien nicht berücksichtigt. Zudem mache es stutzig, daß nur noch Großunternehmen mit teuren Stäben die komplexen Verfahren beherrschten. Beim verwickelten Regelwerk sei anzusetzen. Auf manche Gutachten könne verzichtet werden. Das dänische Gen-Gesetz sehe Öffentlichkeit vor, aber auch Genehmigungsdauer von höchstens drei Monaten. Zwischen Gemeinwohl und Individualrechten sei in der Arbeitswelt etwas gefährlich aus dem Lot gekommen. Fast jeder Initiative stellten sich Einwände entgegen. Der Bürokratie müsse die Freiheit gegeben werden, Prioritäten zu setzen. Europäische Nachbarn leisteten sich nicht solchen „nationalen Masochismus“.

**Hagen Tscholtsch** (F.D.P.) dankte für die konstruktiven Beiträge der Vorredner und begrüßte, daß auch die Landesregierung das Thema zur Chefsache erklärt, eine Arbeitsgruppe eingerichtet und nach zwölf Monaten einen Zwischenbericht erstellt habe. Klare Forderungen, was umzusetzen sei, enthalte dieser allerdings wenig, vielmehr sollten weitere Prüfungen einsetzen. Das Parlament solle daher schnell beraten. Die Wirtschaft dürfe nicht durch zeitlich kaum kalkulierbare Investitionsvorhaben behindert werden. Fortsetzung Seite 12

## Strukturberichterstattung

### Denken und Handeln

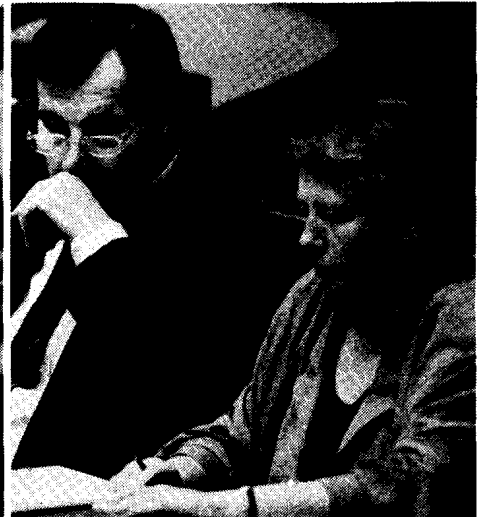
Bei der Aussprache über den F.D.P.-Antrag „Chancengleichheit für alle Regionen“ (Drs. 10/4258) am 24. August ging es um die Übertragung des Konzepts der Mikat-Kommission für den Strukturwandel in den Montanregionen auf alle Regionen von NRW, die von allen Fraktionen befürwortet wird. Der Antrag wurde in die Ausschußberatung überwiesen.

**Hagen Tschölsch** (F.D.P.) forderte in der Antragsbegründung, die Finanzmittel des Landes sollten gerecht auf die Regionen verteilt werden. Wie die Montanregionen bei der Mikat-Kommission müßten alle Regionen des Landes analysiert werden. Es fehle eine unabhängige unvoreingenommene Darstellung der Wirkung von Förderprogrammen als Grundlage für Haushaltsentscheidungen. Die Darstellung durch die Landesregierung genüge nicht. Er habe auch den Eindruck, daß selbst der Regierung mittlerweile der Durchblick fehle. Im Bereich der Wirtschaftsförderung herrsche ein einziges Durcheinander. Daher sei die Zukunftsinitiative für die Regionen (ZIN) auch nicht dem Landtag, sondern nur der Presse vorgestellt worden. Unabhängige Sachverständige sollten die wirtschaftliche Entwicklung von NRW begutachten.

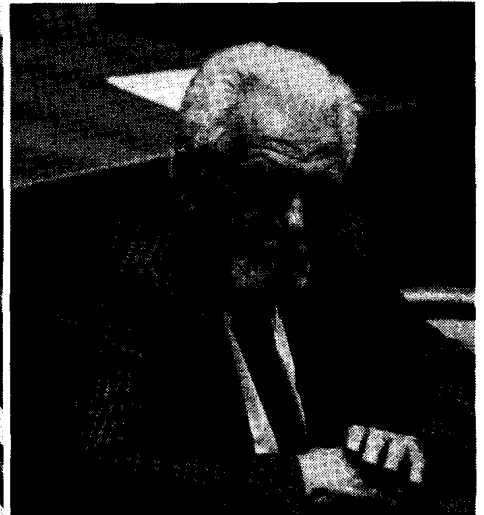
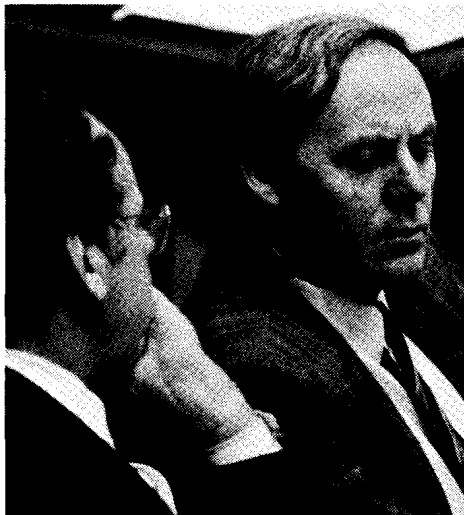
**Joachim Westermann** (SPD) sagte, sorgfältige Analyse vor Zielbestimmung und Strategiefestlegung sei überhaupt nicht umstritten. Zusätzliche Information bedeute aber auch Abwarten beim Handeln. In der Praxis werde oft in Unsicherheit gehandelt. Erst nach Kenntnis des Strukturhilfegesetzes seien zusätzliche Mittel für regionale Wirtschaftsförderung erkennbar geworden, auch ohne kompletten Strukturatlas habe die Landesregierung ihre Regionalpolitik zügig vorangetrieben. Der Erfolg von ZIM spreche dafür. Der Vorredner habe 1987 selbst auf schnelle Umsetzung gedrängt. Der Mikat-Bericht baue auf dem Wissen in den Regionen auf. Eigentlich gehe es nur um ein F.D.P.-Informationsdefizit, die in vielen Städten nicht mehr vertreten sei. Durch mehr Geld, aber auch durch Umdenken sei der Strukturwandel vorangekommen. NRW sei zur Zeit dynamischer als „Musterländle“ und habe mehr Beschäftigung erreicht. Es sei auf dem richtigen Kurs.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) vermißte vorausschauendes Planen. Trotzdem sei in den Bonner Montangesprächen der Jahrhundertvertrag gesichert und 41 Millionen Tonnen Kohleverströmung zugesagt. Besonders erfreulich sei der zweite Auftrag an die Mikat-Kommission, befristet bis März 1990. Vor den Wahlen sollten die Perspektiven klar vorliegen. Die Kohle könne aus dem Wahlkampf herausgehalten werden. Diese ordnungspolitische Debatte hätte erspart bleiben können, wenn nicht „Mist gebaut“ worden wäre. Die Strukturmittel aus Bonn sollten jetzt anders etikettiert werden. Die Verteilung auch auf CDU-Regionen, die der Redner aufzählte, zeige die positive Wirkung der Opposition. Der Einsatz für den Umweltschutz sei erreicht worden. Nach Ansicht der CDU müsse wirtschaftsförderndes Handeln schneller gehen.

## Moment und Zeit: Politiker im Plenum



Im Gespräch: Im Bild links Wissenschaftsministerin Anke Brunn und ihr früherer Kabinettskollege, Finanzminister a.D. Dr. Diether Posser (beide SPD, v.l.) – Im Bild rechts die Abgeordneten Stefan Frechen und Anne Garbe (beide SPD, v.l.)



Während der Debatte: Im Bild links die Abgeordneten Gerhard Jacobs und Heinrich Kruse (beide CDU, v.l.) – Im Bild rechts der Abgeordnete Friedel Meyer (F.D.P.)

Fotos: Schüler

### Beschleunigung...

Fortsetzung von Seite 11

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) erwiderte, durch Beschleunigung dürfe es nicht zu rein betriebswirtschaftlichen Interessen der Unternehmen kommen, umweltrelevante Investitionen möglichst problemfrei nach ihren Entscheidungen zu verwirklichen, wobei staatliche Genehmigungsverfahren als bürokratischer Formalismus mißverstanden würden. Die neuen Umweltschutzgesetze würden zum Schutz der

natürlichen Lebensgrundlagen erlassen, auf den nicht verzichtet werden könne. 1987 seien 1700 genehmigungspflichtige Anlagen mit einem Investitionsvolumen von 6,4 Milliarden Mark beantragt worden. Die Anstrengungen der Wirtschaft liefen auf vollen Touren, die Behörden erfüllten gesetzliche Vorschriften zum Schutz der Menschen. Die Regelungsdichte sei kaum abzuschaffen. Parlamentarischen Entscheidungsbedarf sehe er nicht, vieles werde bereits umgesetzt. Kürzere Verfahrensdauer dürfe nicht dazu führen, Umweltschutz nicht mehr ernst zu nehmen.

**Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen** (SPD) äußerte sich positiv zu den Äußerungen des CDU-Redners: Er habe klar gemacht, daß ZIN richtig sei. Die Regierung wolle nicht nur die Hilfe des Bundes, sondern die eigenen Förderprogramme mit nutzen. Einen Mangel an landesweiten Strukturanalysen gebe es nicht. Der F.D.P.-Antrag sei widersprüchlich. Handlungsmöglichkeiten müßten jetzt genutzt, Analysebegleitung fortgesetzt werden. Der Erlaß werde nicht geändert, nur konkreter erläu-

tert. Die dünne Substanz mancher Anträge sei bedrückend. Durch das Ergebnis beim Kanzlergespräch über die Kohle sei der 24. August ein wichtiger Tag für das Land. Die Chance, die gediegenen Vorschläge im europäischen Kontext durchzusetzen, sei da. Die 40,9 Millionen Tonnen Kohle seien „zur Kenntnis genommen“ und die zweite Mikat-Kommission um Berichterstattung im März 1990 gebeten worden. Bund und Kohleländer hätten in wichtigen Punkten zusammengefunden.

## Ausschuß regt Ausschreibung eines Jugendfilmpreises für das Land an

### Kommerz auf dem Bildschirm drängt kulturelle Sendungen in den Hintergrund

Bodenbender führte aus, neben den Chancen, die die Neuen Medien zweifelsfrei böten, seien der Landesregierung auch die Risiken der elektronischen Medien bekannt. Darum sei man schon frühzeitig tätig geworden, sie habe sich etwa beim Programm „Mensch und Technik — Sozialverträgliche Technikgestaltung“ mit dieser Problematik auseinandergesetzt und seit dem Inkrafttreten des Jugendschutz-Neuregelungsgesetzes im Jahre 1985 eine Vielzahl von Aktivitäten der Medienpädagogik und des präventiven Jugendmedienschutzes entwickelt. Durch das Jugendschutz-Neuregelungsgesetz sei auch der gesetzliche Jugendmedienschutz, zum Beispiel im Hinblick auf die Altersfreigabe von Filmen und Videos, den Verleih von Videokassetten sowie auf die Verschärfung der Bestimmungen der Paragraphen 131 (Gewaltdarstellungen, Aufstachelung zum Rassenhaß) und 184 (Pornographie) des Strafgesetzbuches erheblich verbessert worden. Auch die Länder hätten im Rahmen ihrer Gesetzgebungskompetenz in den von ihnen verabschiedeten Landesrundfunk-, Landesmedien- oder Kabelpilotprojektgesetzen und in den Staatsverträgen einen effektiven Jugendschutz gefordert.

Dr. Gerhard Rödding informierte den Ausschuß darüber, daß die Landesanstalt für Rundfunk versuche, dem Jugendschutz durch eine kontinuierliche Programmbeobachtung, über deren Ergebnisse dem Ausschuß für Jugendschutz regelmäßig berichtet werde, gerecht zu werden. Die Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten habe einen eigenen Arbeitskreis für Jugendschutz eingerichtet, der sich mit der bundesweiten Koordinierung des Jugendschutzes beschäftige und gemeinsam Richtlinien erarbeite. Die Problemfelder eines Jugendschutzes im Bereich des Rundfunks formulierte Dr. Rödding wie folgt: Unproblematisch seien in der Regel die Filme, die von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Kinobetriebe (FSK) bewertet würden. Es gelte, daß Filme, die ab 16 Jahren freigegeben würden, erst nach 22 Uhr bzw. Filme ab 18 Jahren nach 23 Uhr im Fernsehen gesendet werden dürften. Ausnahmen von dieser Regelung seien möglich und auch zweckmäßig, etwa bei sehr alten Filmen. Nicht von der FSK bewertete Filme würden generell als Filme ab 18 Jahren eingestuft und erst nach 23 Uhr gesendet. Diese Bestimmungen würden in der Regel von den Sendern auch eingehalten.

Neben dem kontrollierenden ist nach Röddings Auffassung auch ein präventiver Jugendschutz möglich. So könnten beispielsweise im Rahmen entsprechender Projekte erzieherisch wertvolle Jugendsendungen besonders gefördert werden oder durch eine gezielte Medienerziehung bereits im Kindergarten das Medium Fernsehen durchschaubarer gemacht werden. In der Diskussion wiesen Otti Hüls und Beatrix Philipp (beide CDU) darauf hin, daß durch die steigende Zahl von Videogeräten

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie befaßte sich unter der Leitung des Vorsitzenden Helmut Hellwig (SPD) in seiner Sitzung am 17. August, die dieses Mal in den Räumen der Landesanstalt für Rundfunk stattfand, hauptsächlich mit den Gefahren und Chancen der elektronischen Medien im Rahmen der Thematik „Jugend und Medien“. Im Mittelpunkt der Sitzung standen Berichte des Staatssekretärs im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Dr. Wolfgang Bodenbender, und des stellvertretenden Direktors der Landesanstalt für Rundfunk, Dr. Gerhard Rödding.



Engagierte Streiter für den Jugendschutz auf dem Bildschirm (v.l.n.r.): Erich Heckelmann (SPD), Ruth Hieronymi (CDU), Dr. Wolfgang Bodenbender (MAGS), Ausschußvorsitzender Helmut Hellwig (SPD), Andreas Reichel (F.D.P.) und Antonius Rösenberg (CDU).

in Familien jede Zeitbeschränkung für die Sendung von gefährdenden Sendungen umgangen werden könne. Darüber hinaus sei bei Kindern und Jugendlichen allmählich ein Gewöhnungseffekt, was gewalttätige Szenen anbelange, und ein Verlust der Fähigkeit, zwischen Realität und Film zu unterscheiden, erkennbar.

Andreas Reichel (F.D.P.) beschrieb dieses Problemfeld weitgehender. Seiner Ansicht nach nehme die Gewalttätigkeit nicht nur in Unterhaltungs-, sondern auch in Informationssendungen zu. So werde die Unterscheidung zwischen Information und Sensation in Nachrichtensendungen immer schwieriger. Er forderte eine Sensibilisierung „an der Quelle“, das heißt mehr Selbstkontrolle und Eigenverantwortung bei Journalisten, Filmemachern. Darüber hinaus müßten Nachrichten- und Informationssendungen ansprechender und damit interessanter für das Publikum aufbereitet werden. Das Freizeitverhalten der Menschen sei von jeher, so Reinhold Hemker (SPD), auf äußere Anreize und Impulse ausgerichtet. Es sei daher notwendig, Freizeit sinnvoller zu gestalten und dabei durchaus auf die positive Unterstützung von Medien zurückzugreifen.

Für Erich Heckelmann (SPD) spiegeln sich bereits in Kinder(Zeichentrick)sendungen die zum Teil verquerten Werte der Gesellschaft (Macht- und Profitgier usw.) und die damit verbundene Steigerung der Gewalttätigkeit wider. Es sei in diesem Zusammenhang unverständlich, daß in zahlreichen Untersuchungen und Forschungsprojekten versucht werde, die Gewalt in Medien noch zu rechtfertigen. Er schlug vor, durch die Ausschreibung eines entsprechenden Prei-

ses die Herstellung wertvoller Filme zu unterstützen.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Helmut Hellwig (SPD), sah in der Tendenz zum „Fernsehen rund um die Uhr“ einen Zwang für die Veranstalter, Sendungen eher aus marktwirtschaftlichen, denn aus kulturellen Gründen einzukaufen. Für ihn beinhalte der Paragraph 14 des Landesrundfunkgesetzes eindeutige Forderungen des Jugendschutzes, er fordere aber auch die Wahrung der Menschenwürde, für die seines Erachtens wohl kaum eine „23-Uhr-Grenze“ gelten könne.

Der Ausschuß sprach sich einvernehmlich dafür aus, bei den Fernsehveranstaltern ebenfalls eine freiwillige Selbstkontrolle einzuführen sowie Jugendschutzbeauftragte zu berufen, die auf die Einhaltung des Paragraphen 14 Landesrundfunkgesetz achten. Darüber hinaus regten die Ausschußmitglieder die Ausschreibung eines Jugendfilmpreises Nordrhein-Westfalen an und beschlossen, im Winterhalbjahr 1989/90 eine Veranstaltung zu den Chancen und Gefahren der elektronischen Medien durchzuführen, an der auch der Ausschuß für Jugendschutz bei der Landesanstalt für Rundfunk sowie Fernsehveranstalter und Regisseure einbezogen werden sollen.

Tilman Pünder, Gießener Regierungspräsident, ist vom Rat der Stadt Münster zum neuen Oberstadtdirektor der westfälischen Metropole gewählt worden. Pünder löst den im April ausgeschiedenen **Hermann Fechtrup** ab, der vorzeitig in den Ruhestand gegangen ist.

## Sportausschuß

### Universiade: Test für Olympia im Revier

Eine umfangreiche Tagesordnung hatte Ausschußvorsitzender Hans Rohe (SPD) für die erste Sitzung des Sportausschusses nach der Sommerpause vorgesehen.

In einer Aktuellen Viertelstunde auf Antrag der Fraktion der CDU ging es darum, ob aus Mitteln des Landessportplans des Kultusministers der Umbau eines Fabrikgebäudes in eine Sporthalle durch die Arbeiterwohlfahrt in Düsseldorf mitfinanziert werden durfte. Während die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. die Ansicht vertraten, daß eine solche Bezuschussung nicht aus Sportfördermitteln, sondern aus dem Sozialhaushalt des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales erfolgen sollte, vertrat die Fraktion der SPD die Meinung, daß in Ausnahmefällen auch zur Verwirklichung des Programms „Sport für Alle“ solche Maßnahmen Nicht-traditioneller-Sportanbieter gefördert werden können.

Zustimmend nahm der Sportausschuß einen Bericht des Kultusministeriums entgegen, wonach das Bundesleistungszentrum Eissport in Dortmund eine zweite Eissporthalle erhält, um die Trainingsmöglichkeiten erheblich zu verbessern. Die Baukosten werden zu 50 vom Bund und zu 40 Prozent vom Land getragen. Das Eissportzentrum Dortmund ist ein Landesleistungszentrum mit einer Bundesnutzung durch die Deutsche Eislaufunion.

Schließlich wollte die CDU vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie wissen, warum aus dem Programm „Zukunftsinitiativen Montanregionen“ der Bau oder die Modernisierung von Sportstätten und Bädern nicht gefördert worden sei. CDU-Sprecher Leonhard Kuckart wies darauf hin, daß der Ministerpräsident dem Landessportbund mitgeteilt habe, daß eine sol-

(Fortsetzung Seite 16)

## Institut für Ostdeutsche Landeskunde:

### Universität Düsseldorf stellt Antrag

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat seine Beratung zum Antrag der Fraktion der CDU „Ostdeutsche Landeskunde“ (Drs. 10/2342) in seiner ersten Sitzung nach der parlamentarischen Sommerpause unter Vorsitz des Abgeordneten Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) abgeschlossen. Mit dem Antrag verfolgt die CDU-Fraktion das Ziel, die Landesregierung aufzufordern, die wissenschaftliche Erhaltung, Erschließung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes und der geistigen Substanz der Kulturlandschaften des deutschen Ostens an den Hochschulen des Landes auszubauen sowie Möglichkeiten zur Errichtung eines selbständigen Instituts für Ostdeutsche Landeskunde in einer Universität des Landes zu prüfen und zu fördern.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat in dieser Sache folgende Beschlußempfehlung ausgesprochen:

„Der Ausschuß begrüßt den Antrag der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf zur Errichtung eines Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen in Osteuropa. Der Minister für Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, beim Bundesminister des Innern die zeitlich befristete Ausstattung dieses Instituts zu beantragen. Der Minister für Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, nach Ablauf der Bundesfinanzierung eigene Mittel zur Fortsetzung der Institutsarbeit zur Verfügung zu stellen. Der Antrag der Fraktion der CDU wird für erledigt erklärt.“ Damit folgte der Ausschuß einstimmig einem vom Sprecher der SPD-Fraktion, Franz-Josef Kniola, gemachten Formulierungsvorschlag. Der Ausschuß hatte eine

Entscheidung über den Antrag der CDU-Fraktion bis zu dieser Sitzung zurückgestellt, weil er die Entwicklung an der Universität Düsseldorf hinsichtlich der Errichtung eines entsprechenden Instituts abwarten wollte. Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung, das auf Bitte des Ausschusses Anfang des Jahres auch einen umfangreichen schriftlichen Überblick über den Stand der Forschung an den nordrhein-westfälischen Hochschulen zur Geschichte und Kultur der Deutschen in Ostmittel- und Osteuropa vorgelegt hat, bestätigte dem Ausschuß, daß die Universität Düsseldorf inzwischen ein Konzept erarbeitet und jetzt die Einrichtung und Förderung eines Universitätsinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen in Osteuropa beantragt habe.

Unter Ausnutzung der beim Bundesminister des Innern gegebenen Möglichkeiten solle versucht werden, die Ausstattung einer Professur mit Folgepersonal für diesen institutionellen Zweck einzuwerben. Dies gelinge, so das Ministerium, voraussichtlich nur, wenn das Land Nordrhein-Westfalen sich bereit erkläre, nach Auslaufen des befristeten Stiftungszweck die dann erforderlichen Personalstellen und auch die sächlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es wurde außerdem darauf hingewiesen, daß weitere Überlegungen des Ministeriums und der Universität Bielefeld dahin gingen, ebenfalls eine Stiftungsprofessur oder eine aus Landesmitteln aufzubringende Professur an der Universität Bielefeld einzurichten.

In der Diskussion bezeichnete es Rüdiger Goldmann (CDU) als erfreulich, daß jetzt eine klare Willensbekundung und Vorlage seitens der Universität Düsseldorf vorliege. Aufgrund der klaren Ausgangslage könne nun der Ausschuß eine Entscheidung treffen, wobei er sich zunächst auf das Votum der Universität Düsseldorf konzentrieren sollte. Die Einrichtung einer solchen Institution sei sowohl im Interesse der Wissenschaft als auch des Landes, das damit eine echte Pionieraufgabe erfülle. Nachdem sich der Ausschuß einvernehmlich für den vorgenannten Beschluß ausgesprochen hatte, wurde Einigkeit auch darüber festgestellt, daß es unabhängig vom Beratungsabschluß des CDU-Antrags sinnvoll sei, die Entwicklung der Universität Bielefeld weiter zu verfolgen.

Bei der Beratung der weiteren Tagesordnung faßte der Ausschuß mit den Stimmen aller Fraktionen den Beschluß, eine Anhörung zum Thema „An Bedürfnisse der Entwicklungsländer angepaßte Technik“ durchzuführen. Die SPD-Fraktion hatte ein solches Hearing beantragt, das sich mit der wichtigen Frage der Förderung sogenannter angepaßter Technik für die bedarfsorientierte Anwendung in den Entwicklungsländern in Studium und Forschung befassen soll.

## Tempolimit

Das Landesamt für Agrarordnung in Münster hat als erste Landesbehörde verfügt, auf Autobahnen und Schnellstraßen Tempo 100 einzuhalten. Diese Regelung betrifft 60 Dienstfahrzeuge der zwölf Ämter für Agrarordnung in NRW. Der Präsident des Landesamtes, Rolf Kalkkuhl, hofft, „eine von vielen Bürgern akzeptierte Initialzündung für den Umweltschutz“ gegeben zu haben.



Die Mitglieder der Arbeitskreises „Umweltschutz und Raumordnung“ der CDU-Landtagsfraktion Joachim Menge, Werner Schumacher, Werner Stump und Heinrich Kruse (v.l.) sowie der Präsident der Landesanstalt für Wasser und Abfall, Dr. Irmer (2. v.r.), haben sich auf dem Laborschiff „Max Prüss“ im Düsseldorfer Hafen über die Gewässerüberwachung des Rheins informiert.

## Gesamtschule Saerbeck: Pragmatisch und ohne ideologischen Ballast

### In kurzer Zeit zum kulturellen Zentrum dieser Gemeinde geworden

Gleich nach der Sommerpause besuchte der Ausschuß für Schule und Weiterbildung auf Initiative seines Vorsitzenden Hans Frey (SPD) die Gemeinde Saerbeck im Münsterland (Kreis Steinfurt), die als eine der kleinsten Gemeinden des Landes 1987 eine Gesamtschule errichtet hat. Am Beispiel Saerbeck sollte die Thematik „Gesamtschule im ländlichen Raum“ erörtert werden.

Der Ausschuß wurde von Bürgermeister Dr. Anton Gerdemann (CDU) willkommen geheißen. Er erläuterte dem Ausschuß die Hintergründe der Gesamtschulgründung in seiner Gemeinde, in der die CDU mit zwölf Ratsmitgliedern bei fünf SPD-Vertretern und ebensoviel Vertretern einer freien Wählergemeinschaft die absolute Mehrheit besitzt. Obwohl die Gemeinde 1984 für ihre Hauptschule ein neues, bestens ausgestattetes Schulgebäude errichtet habe, seien die Anmeldungen zur Hauptschule rapide zurückgegangen. Von einem Grundschuljahrgang seien etwa zwei Drittel der Kinder jeweils zu weiterführenden Schulen außerhalb von Saerbeck angemeldet worden. Es habe sich abgezeichnet, daß die Hauptschule des Ortes auf Dauer keinen Bestand haben würde. So habe sich eine Elterninitiative gebildet, die im Interesse des kulturellen Lebens der Gemeinde „Schule vor Ort“ gefordert habe.

Da auch der Rat über die Parteigrenzen hinweg der Ansicht war, daß eine Gemeinde ohne Schule seinen Kindern keine Zukunftschancen biete, habe er mit großer Mehrheit frei von ideologischen Gesichtspunkten aus rein pragmatischen Gründen den Beschluß gefaßt, eine Gesamtschule zu errichten. Die Richtigkeit der Entscheidung habe schließlich das Anmeldeverfahren bewiesen. Zum Schuljahresbeginn 1988/89 seien über 200 Kinder aus Saerbeck und den umliegenden Gemeinden angemeldet worden. Da die Gemeinde von Anfang an sich auf eine Vierzügigkeit der Schule festgelegt habe, hätten über 90 Kinder aus den umliegenden Dörfern abgewiesen werden müssen. Auch der zweite Anmeldungstermin zum diesjährigen Schuljahresbeginn habe mit 170 Anmeldungen zu über 60 Abweisungen geführt.

#### Attraktivität gestiegen

Der Bürgermeister unterstrich, daß die Gesamtschule Saerbeck attraktiv gemacht habe und zu einem kulturellen Mittelpunkt der Gemeinde geworden ist. Saerbecks Verdienst sei es, daß über Gesamtschule im Münsterland inzwischen ideologiefrei als alternatives Schulangebot diskutiert werden könne.

Bei einem anschließenden Rundgang durch die Schule konnten sich die Ausschußmitglieder von der gelungenen Konzeption und der hervorragenden Ausstattung der Schule überzeugen. Schulleiter Dr. Lievenbrück stellte dem Ausschuß das Schulprogramm vor. Getragen von der Leitidee des Führens

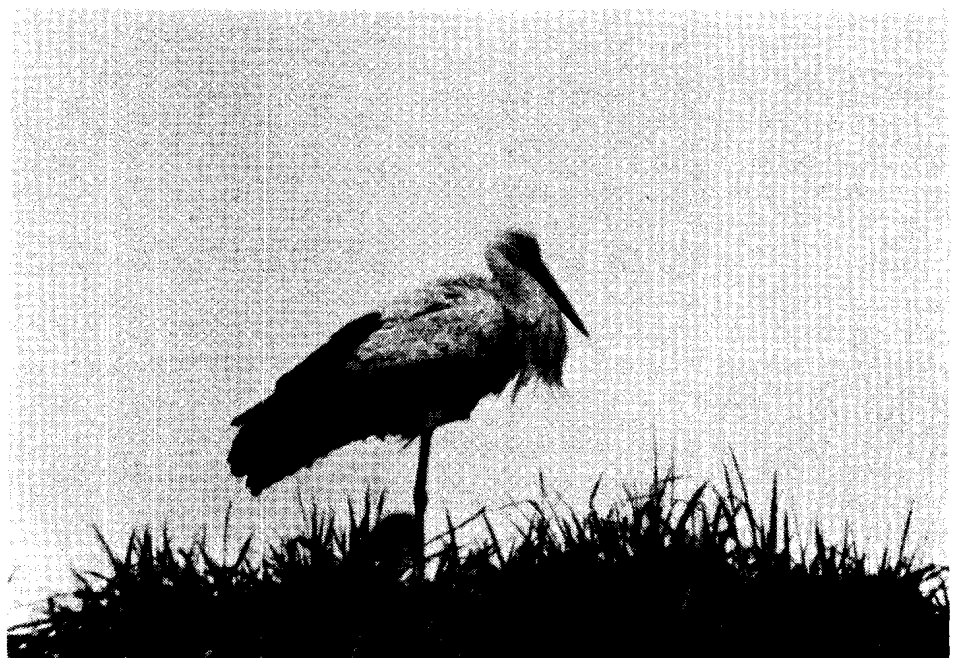
und Wachsenlassens und bewußt anknüpfend an die pädagogischen Grundsätze der Grundschule verfolge die Gesamtschule Saerbeck die Ziele,

- alle Schüler unter Berücksichtigung ihrer individuellen Voraussetzungen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung, in den sozialen Verhaltensweisen sowie in ihren musischen und praktischen Fähigkeiten gleichermaßen umfassend zu fördern,
- grundlegende Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten in Inhalt und Form so zu vermitteln, daß sie den individuellen Lernmöglichkeiten und Erfahrungen der Schüler angepaßt sind,
- durch fördernde und ermutigende Hilfe zu den systematischeren Formen des Lernens hinzuführen,
- die Lernfreude der Schüler zu erhalten und zu fördern.

Die Gesamtschule Saerbeck will nicht allein Unterrichtsstätte sein, sondern auch zugleich Lebens-, Lern- und Erfahrungsraum. In ihr sollen Schüler in einer freien und befreienden Atmosphäre lernen können. Vor diesem Hintergrund habe die Gesamtschule Saerbeck sich in der kurzen Zeit ihres

Bestehens bereits zu einem Mittelpunkt des kulturellen Lebens der Gemeinde entwickelt. Dazu habe die Schule sich allen Einwohnern von Saerbeck geöffnet. So kann die Schulbibliothek und die Videothek allgemein genutzt werden und die Schule bietet zusätzliche Freizeitaktivitäten (zum Beispiel Töpfern, Werken, Fotografieren) an.

Auf kritische Fragen der CDU-Abgeordneten Herbert Reul, Marie-Luise Woldering, Ilse Oel und Paul Mohr im Hinblick auf die Konkurrenzsituation zu den benachbarten Hauptschulen und der Heterogenität der Schülerschaft stellte Dr. Lievenbrück fest, daß die Gesamtschule Saerbeck nicht für eventuelle Bestandsprobleme benachbarter Hauptschulen verantwortlich sei, sondern lediglich für auswärtige Schüler ein zusätzliches Angebot im Bereich der weiterbildenden Schule bereithalte. Bewußt seien aus Nachbargemeinden Schüler mit einem schlechteren Notendurchschnitt als befriedigend nicht aufgenommen worden. Da bei der Aufnahme darauf geachtet worden sei, daß jeweils 50 Prozent der Schüler einen Notendurchschnitt mitbringe, der besser und schlechter als befriedigend sei, bleibe die Heterogenität der Schülerschaft gewährleistet. Für die SPD-Fraktion hoben Dr. Manfred Dammeyer und Vorsitzender Hans Frey hervor, daß das Beispiel Saerbeck zeige, wie in verantwortlicher Weise Schulstrukturprobleme im ländlichen Raum gelöst werden könnten.



**Die Feuchtwiesen** des großen Weserbogens bei Petershagen in NRW konnten von der Agrarverwaltung mit über 20 Millionen DM aus Naturschutzmitteln des Landes Nordrhein-Westfalen für den Lebensraum der Störche und anderer Vogelarten gesichert werden. In der Flurbereinigung Staustufe Schlüsselburg hat das Landesamt für Agrarordnung rund 60 Hektar des 268 Hektar großen Naturschutzgebietes in die Hand des Landes gebracht. Den Landwirten als ehemaligen Eigentümern wurde Ersatzland beschafft. Der Schutz solcher großflächigen Areale ist oft nur möglich, wenn sie in öffentliches Eigentum übergehen. So lassen sich Nutzungskonflikte mit gezielter Bodenordnung vermeiden. Auf 25 Kilometer Länge ist hier an der Weser ein Naturschutzgebiet im Rahmen des Feuchtwiesen-Schutzprogramms entstanden. International gilt die Staustufe Schlüsselburg mit der Häverner Marsch als eines der bedeutendsten Quartiere für zahlreiche bedrohte Wiesen-Vogelarten, halten sich hier als Wintergäste bis zu 10 000 Wasservögel auf, darunter Tafel- und Schellente oder Gänseäger. Nahrungsbiotope wurden angelegt, weitere Feuchtwiesen werden hinzukommen. Hochspannungsleitungen, Todfeinde der Störche und anderer großer Vogelarten, sollen zukünftig in die Erde verlegt werden. In diesem Jahr wurden von vier Storch-Brutpaaren (Bild) acht Jungvögel erfolgreich aufgezogen. Der Präsident des Landesamtes für Agrarordnung in Münster, Rolf Kalkkuhl, wertet diese Zahl „als großen Erfolg für die angelaufenen Naturschutzmaßnahmen, wenn man bedenkt, daß die Störche bei uns zu den vom Aussterben bedrohten Arten zählen“.

## Viele Ausländer wenden sich an Petitionsausschuß

### Bootsflüchtling möchte Tochter nachholen

Beim anhaltenden Zustrom in die Bundesrepublik Deutschland nimmt es nicht wunder, daß sich der Petitionsausschuß des Landtags immer häufiger mit Eingaben von Ausländern zu befassen hat. So war es auch in der von Vorsitzendem Karl Knipschild (CDU) geleiteten Sitzung am 29. August.

Ein Sozialarbeiter aus Bergkamen hatte sich im Dezember 1988 mit folgendem Anliegen an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages gewandt: Herr Tau Hoa Tsi (Namen und Daten geändert, d. Red.) ist als Flüchtling der Cap Anamur II aus Vietnam im September 1986 nach Hamburg gekommen. Er wurde dann nach dem Verteilerschlüssel der Stadt Bergkamen zugewiesen. Mit Bescheid vom 12. Dezember 1986 wurde er als Asylberechtigter anerkannt. Weil er eine Arbeitsstelle in Kreuztal gefunden hatte, ist er dorthin gezogen. Seit dieser Zeit bemüht sich Herr Tau, seine Tochter Tsi Yang zu sich zu holen. Sie lebt zur Zeit in Pulabidong, einem Flüchtlingslager in Malaysia. Da sie nicht mehr minderjährig ist, wurde eine Familienzusammenführung vom Auswärtigen Amt abgelehnt, eine Eingabe beim Innenministerium war ebenso erfolglos. Aus Briefen der Tochter und von anderen Betroffenen ist bekannt, so der Petent weiter, daß „die Zustände im Lager Pulabidong, insbesondere was Unterbringung, Verpflegung und Hygiene betrifft, katastrophal sind. Sehr besorgniserregend ist aber auch der persönliche Zustand von Tsi Yang. Sie hat Angst, wie das Leben weitergehen soll, ob sie es noch durchsteht. Verwirrung kommt zum Ausdruck. Zu Kontakten ist sie nicht mehr in der Lage.“ „Dieser Fall liegt uns besonders am Herzen“, schrieb der Sozialarbeiter und drückte die Hoffnung aus, „daß die Familie Tau bald gemeinsam hier leben und ihre schlimme Vergangenheit ein wenig beiseite drängen kann.“ Das Gesuch mußte zunächst vom Regierungspräsidenten abgelehnt werden, weil die Tochter das 22. Lebensjahr bereits vollendet hatte und eine Familienzusammenführung nicht mehr in Frage kam.

Aus der Sicht des Bundes ergab sich noch ein weiterer Ablehnungsgrund: Ausländerrechtliche Entscheidungen, so wurde dem Sozialarbeiter erläutert, obliegen den Ländern. Nach dem Ende des Vietnamkrieges und der darauf einsetzenden Flüchtlingswelle aus Vietnam hätten sich Bund und Länder jedoch auf großzügigere Einreisebestimmungen und Kontingente geeinigt. Nachdem die erste Ausreisewelle nachgelassen und sich nach hiesigen Erkenntnissen die Lage in Vietnam verbessert hatte, könnten neue Kontingente nur noch

- ☆ für Familienangehörige von bereits aufgenommenen Kontingentflüchtlingsen,
- ☆ für Flüchtlinge, die (zufällig) von unter deutscher Flagge fahrenden Schiffen aus Seenot gerettet werden,
- ☆ in außergewöhnlichen Situationen vereinbart werden, in denen die Aufnahme das einzige Mittel ist, Leben und Gesundheit der Flüchtlinge zu erhalten, wenn dies im Rahmen einer internationalen Aktion erfolgt und alle Länder dem vorab und vorbehaltlos zustimmen.

Herr Tau sei jedoch nicht als Kontingentflüchtling aufgenommen worden. Vielmehr habe es sich um eine systematische Such- und Rettungsaktion gehandelt. Ihm bleibe jetzt nur noch die Möglichkeit, sich über den Petitionsausschuß des Landtags bei den zuständigen Landesbehörden um eine Nachzugsgenehmigung für seine Tochter zu bemühen. Der Petitionsausschuß bat nun den Innenminister, den Weg für die Einreise der Tochter ebnen zu helfen. Der Bundesinnenminister wurde um Prüfung gebeten, ob die Tochter aufgrund einer Übernahmeerklärung nach dem Ausländergesetz in die Bundesrepublik Deutschland geholt werden kann.

## Universiade...

(Fortsetzung von Seite 14)

che Finanzierung im Rahmen des ZIN-Programms möglich sei. Der Vertreter des Ministeriums führte aus, daß die Auswahl der Projekte sowie die Prioritätensetzung von örtlichen und regionalen Trägern der Wirtschaftsentwicklung vorgenommen wird. Dieses Verfahren soll den Sachverstand, das Verantwortungsbewußtsein und die Konsensbildung in den Städten und Regionen einbeziehen. Von den aus dem Sportbereich angemeldeten sieben Projekten, die sich auf den Ausbau oder die Modernisierung von Sportstätten oder Bädern bezogen, sei jedoch keines im Verfahren der örtlichen und regionalen Abstimmung mit einer ersten Priorität versehen worden.

Uwe Herder von der SPD wies vor diesem Hintergrund darauf hin, daß der Ministerpräsident in der Mitteilung an den Landessportbund auch darauf hingewiesen habe, daß die Entscheidung über die Förderungswürdigkeit vor Ort getroffen werde.

Für die F.D.P. kritisierte Wolfram Dorn, daß solche Entscheidungen in diffusen Gremien getroffen würden, die keine demokratische Legitimation hätten.

Anläßlich der Universiade 1989 in Duisburg diskutierte der Ausschuß die Chancen des Ruhrgebiets, als Austrichter der Olympischen Spiele nominiert zu werden. Der Vertreter des Kultusministeriums, Johannes Eulerling, teilte mit, daß die Landesregierung beschlossen habe, jährlich fünf Millionen Mark zur Verbesserung der Bewerbungschancen für die Olympiade im Ruhrgebiet zur Verfügung zu stellen. Da sich neben dem Ruhrgebiet auch Berlin, Stuttgart, Frankfurt, Hamburg und München an der Austragung Olympischer Spiele interessiert zeigen, muß das Nationale Olympische Komitee zunächst eine Entscheidung treffen. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) wird 1990 entscheiden, wer den Zuschlag für 1996 erhält. Wenn Athen sich bewerben sollte, würde dies die Chancen für das Jahr 2000 vermindern. Einig waren sich die Fraktionen, daß die Universiade 1989 in Duisburg eine gute Gelegenheit sei, das Ruhrgebiet als „Sportgebiet“ darzustellen.

Abschließend erörterte der Ausschuß noch die Frage, ob und wie eine Förderung des Reitsports, etwa durch die Bezuschussung des Reithallenbaus, gewährleistet werden kann. Der Ausschuß nahm zur Kenntnis, daß derzeit weder in Landessportplan noch im Haushalts des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Fördermittel zur Verfügung stehen.

Das Ministerium wies jedoch darauf hin, daß das Land die Pferdezucht mit dem nordrhein-westfälischen Landgestüt unterstützt und für den Reitsport die dem Landgestüt angegliederte Deutsche Reitschule unterhält, die jährlich etwa 1,5 Millionen Mark Zuschuß erhält. Darüber hinaus fördert das Ministerium den laufenden Ausbildungsbetrieb der Landesreit- und -fahrschulen für das Rheinland in Wülfrath und für Westfalen in Münster mit jährlich 240 000 Mark.

(Übersetzung aus dem Vietnamesischen) Sozialistische Republik Vietnam

Unabhängigkeit — Freiheit — Wohlstand

### Antrag auf Ledigkeitsbestätigung

An: Volkskomitee der Gemeinde 8 — Bezirk Phu-Nhuan, Ho-Chi-Minh-Stadt

Mein Name ist Tau Tsi Yang, geboren am 30. 4. 1966 in Saigon...

Hiermit beantrage ich beim Volkskomitee der Gemeinde 8 eine Bestätigung, daß ich noch ledig, unverheiratet bin und keine Kinder habe, und zur Zeit bei meiner Mutter ... wohne. Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Datum, Unterschrift)

### Bestätigung Nr. 0822/G10

Es wird bestätigt, daß Tau Tsi Yang, wohnhaft in der Gemeinde, zur Zeit ledig, unverheiratet ist.

(Datum, Stempel, Unterschrift)

## Rechtsstellung des Kindes

Die Landesregierung werde darauf hinwirken, daß ein UNO-Übereinkommen über die Rechte des Kindes im Hinblick des zu erwartenden Ratifikationsverfahrens möglichst bald in Kraft treten könne. Das Übereinkommen begründe eine Vielzahl von Verpflichtungen der Vertragsstaaten, die im Hinblick auf die rechtliche Stellung des Kindes in der

Bundesrepublik Deutschland bereits weitgehend verwirklicht seien. Dieses erklärte Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) auf die Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Albert Klütsch (Drs. 10/4312 und 10/4470). Weiterhin äußerte der Minister, die Landesregierung werde auch künftig für eine weitere Verbesserung der Rechtsstellung des Kindes eintreten, soweit sich dafür ein Anlaß ergeben sollte.

Professor Dr. Wolfgang Köllmann ist für seine bedeutende Lebensleistung auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte mit dem mit 10 000 Mark dotierten Eduard von der Heydt-Preis der Stadt Wuppertal ausgezeichnet worden.



## Verkehrsausschuß tagte beim Westdeutschen Rundfunk in Köln

### Verkehrsdurchsagen in Zukunft auf Display im Auto

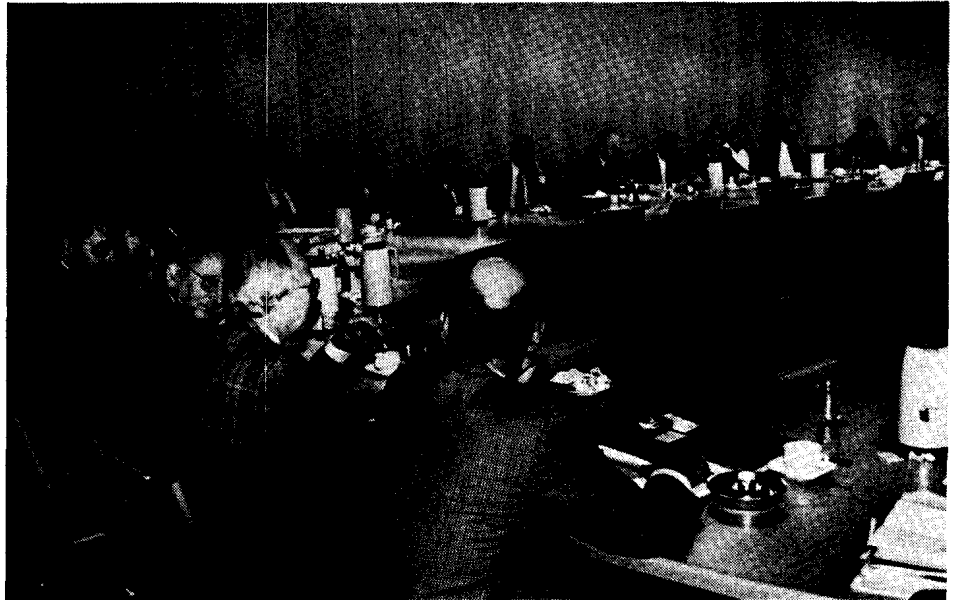
Der WDR sei darum bemüht, Meldungen über Verkehrsstörungen „schonend in das Programm einzufügen“, sagte in seinen Begrüßungsworten Intendant Friedrich Nowotny zur Kritik an zu langen Verkehrsdurchsagen und berichtete von hoher Akzeptanz des Verkehrsfunks. Der entscheidende Vorteil des Hörfunks, jederzeit und überall verfügbar zu sein, entspreche der wachsenden Bedeutung der Verkehrsdurchsagen.

„Ich bin mit 120 Stundenkilometern durch Ihren Stau gefahren“, zitierte Hörfunk-Chef Martin Jenke aus dem teilweise emotional hochbesetzten Hörer-Echo. Zuvor hatte allerdings bereits Leitender Polizeidirektor Melchert das Zustandekommen der Störungsmeldungen durch direkte EDV-Verbindung zwischen der Landesmeldestelle bei der Nachrichten- und Führungszentrale des Innenministers (NFZ) und dem WDR-Verkehrsfunk berichtet. Ausgangspunkt sei der Beamte vor Ort. „Wo kein Polizeibeamter ist, wird kein Stau gemeldet“, sagte er unter Hinweis auf die begrenzte Kapazität des Streifenpersonals. Unter Hinweis auf die fortgeschrittene Schienentechnik regte Heinrich Dreyer (CDU) an, der Ausschuß solle sich nach den Haushaltsberatungen eingehend mit moderner Straßenbautechnik befassen, um durch automatische Erfassung der Verkehrsdichte eine intelligentere Nutzung der Straßen zu erreichen. Trotz gewisser Mängel sei der NRW-Verkehrswarndienst, so führte Melchers weiter aus, der auch als bundesweite Meldestelle für überregionale Meldungen diene, das modernste System. Als aktuelle und künftige Probleme nannte er die Zusammenarbeit mit privaten Rundfunkanstalten, mit der Europäischen Rundfunkunion sowie neue Gerätetechniken und den Datenverbund. Bei weiterem Ausbau des Verkehrsfunks zum Rundfunkdatensystem (RDS) stehe die gezielte Abfrage jedes einzelnen Verkehrsteilnehmers auf eigenem Display bevor.

In der lebhaft geführten Aussprache trugen die Abgeordneten unterschiedliche Beobachtungen und Fragen vor. Ausschußmitglied Theo Heimes (SPD) aus Lennestadt schnitt als Verkehrsteilnehmer mit 60 000 bis 65 000 Jahreskilometern drei Überlegungen an: Ob nicht die „normalen Staus“ weggelassen und nur die besonderen gemeldet werden könnten; ob nicht mehr differenziert werden könne, um Schärfe und eigentlich nicht beabsichtigte Negativwirkungen (Beispiel: Sauerlandlinie = „Nebelautobahn“) zu vermeiden; und ob nicht Baustellen mit Fristen für die Fertigstellung zu versehen, das heißt schneller wieder zu beseitigen seien. Als Experte bemerkte dazu Verkehrsfunkredakteur Alfred Zerban, „normale Staus“ gebe es nicht, Länge, Dichte und Dauer ändern sich laufend. Nebelbänke würden nur noch im Zusammenhang mit einem Unfall gemeldet. Und bei der Argumentation über Nebenwirkungen des Verkehrsfunks (NRW als Land mit den längsten Störungsmeldungen) müsse zurechtgerückt werden, daß von den etwa 2 000 Autobahnkilometern in NRW (in beiden Richtungen 4 000) nur 40 bis 60 von morgendlichen Staumeldungen betroffen seien.

Der Verkehrsausschuß befaßte sich auch mit der Magnetschnellbahn Transrapid und der

Überlegungen zur Weiterentwicklung des Verkehrsfunks des Westdeutschen Rundfunks (WDR) waren erstes Thema des Verkehrsausschusses am 31. August. In der auswärtigen, vom Vorsitzenden Erich Kröhan (SPD) geleiteten Sitzung im WDR-Funkhaus in Köln standen ferner Berichte zur Magnetschnellbahn Transrapid, zur Bundesbahn-Neubaustrecke Rhein-Main und zur Rheinquerung im Zuge der Autobahn 44 auf der Tagesordnung.



Ein „emotional hoch besetztes Thema“, die Verkehrsdurchsagen des Westdeutschen Rundfunks, behandelte der Verkehrsausschuß bei einer Sitzung in Köln, vorn v.r.: Staatssekretär Dr. Heinz Nehrling, WDR-Intendant Friedrich Nowotny, Ausschußvorsitzender Erich Kröhan (SPD); hinten Mitglieder des Verkehrsausschusses.

Foto: WDR

Bundesbahn-Neubaustrecke Rhein-Main. Über die vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Prognosstudie „Regionalwirtschaftliche Wirkungen einer Transrapid-Verbindung Essen-Bonn“ berichtete Ministerialdirigent Reinhard Thomalla. Nach dieser Studie soll Transrapid 86 000 Arbeitsplätze und eine zusätzliche reale Bruttowertschöpfung von 7 Milliarden Mark bringen, wobei der Raum mit einer PKW-Fahrzeit zu den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn von 30 Minuten untersucht wurde. Die meisten neuen Arbeitsplätze sollen aufgrund größerer Standortattraktivität entstehen.

Vertreter der im Firmen- und Bankenkonsortium Anschubgruppe Transrapid federführenden Firma Thyssen trugen anschließend vor, unter welchen Voraussetzungen Transrapid in NRW auf privatwirtschaftlicher Basis gebaut werden kann. Durch die berührungs-freie Technik wird mit Geschwindigkeiten bis über 400 Stundenkilometern und größerer Wirtschaftlichkeit gerechnet. Die Trassen sollen weitgehend an bereits bestehenden Verkehrswegen (Autobahn und Bahnstrecken) geführt und damit Landschaftsverbrauch und Umweltbelastung verringert werden. Aufständerung in einer Höhe von fünf Metern sowie ebenerdige Führung sind vorgesehen. Als Haltepunkte sind Essen Hauptbahnhof, Flughafen Düsseldorf, Eller, Köln-Mülheim, Flughafen Köln-Bonn und Bonn Hauptbahnhof geplant. Von den Kosten sollen von den Firmen 250, durch Bankkredite 1 658 und durch öffentliche Darlehen 2 850 Millionen Mark aufgebracht werden. Der Betrieb könnte Mitte 1996 aufgenommen werden, falls keine Gerichtsverfahren die Genehmigungs- und Planungsphase verlängern.

Bei der anschließenden Aussprache machten die Ausschußmitglieder deutlich, daß

angesichts wachsender Verkehrsdichte im Ballungsraum Rhein-Main und im Interesse von Wirtschaftsbelebung das Transrapid-Projekt Essen-Bonn in NRW verwirklicht werden sollte. Gegenüber Hamburg-Hannover ergäben sich wesentlich höhere Verkehrsaufkommen und Betriebserlöse. Staatssekretär Dr. Heinz Nehrling erinnerte namens des Verkehrsministeriums daran, daß die Lärmwerte und die Einsatzreife seitens der Anschubgruppe noch nachzuweisen seien. Wegen der absehbaren Steigerungs-raten im Flugverkehr sei mit Entlastungen im Luftraum kaum zu rechnen, auch wenn Passagiere zwischen Rhein und Ruhr von Transrapid befördert würden.

Zur Neubaustrecke der rechtsrheinischen Bundesbahn gab der Staatssekretär ein Schreiben des Bundesbahnvorstandes bekannt, das Verzögerungen bei der endgültigen Entscheidung andeutete, unter anderem wegen der von Rheinland-Pfalz gewünschten Anbindung von Koblenz und auch wegen Transrapid. Enttäuschend sei auch das Hinausschieben des Baus der S-Bahn-Anbindung des Flughafens Köln-Bonn an das Bahnnetz mit nur sechs Kilometern Länge mit der Begründung, eine generelle Aussage über das betriebswirtschaftliche Ergebnis dieser S-Bahn-Anbindung könne noch nicht gemacht werden, wobei auf unregelmäßige Baukostenzuschüsse und Folgekosten verwiesen wird.

Der Verkehrsausschuß bedauerte die Verzögerung auch angesichts der Tatsache, daß die Lufthansa inzwischen auf das Konzept des Großflughafens Düsseldorf-Köln/Bonn eingegangen und die S-Bahn-Anbindung ohnehin vordringlich sei. Vorsitzender Erich Kröhan bat namens des Ausschusses die Landesregierung, erneut bei der Bundesbahn auf baldige Zusage zu drängen.

**SPD-Fraktion****Ethik-Kommission verdient ihren Namen nicht mehr**

„Die Ethik-Kommission der Bundesärztekammer hat offensichtlich ihren Namen nicht mehr verdient.“ Diese Kritik übten Brigitte Speth, Vorsitzende des Arbeitskreises „Frauenpolitik“ und Ulrich Schmidt, Sprecher der Kommission „Mensch und Technik“ der SPD-Landtagsfraktion, nachdem bekanntgeworden war, daß die Ethik-Kommission die Tötung überzähliger Embryonen im Mutterleib zulassen will, falls nach einer künstlichen Befruchtung eine Schwangerschaft mit vier oder noch mehr Kindern eintritt.

Die Politiker bezeichneten es als moralisch verwerflich, erst menschliches Leben künstlich zu erzeugen und es anschließend wieder abzutreiben. Das habe mit ethischen Grundsätzen nichts mehr zu tun. Wenn die Gefahr von Mehrlingsschwangerschaften bestehe, müsse auf die künstliche Befruchtung verzichtet werden.

Die unglaubliche Stellungnahme aus der Bundesärztekammer zeige, daß eine gesetzliche Festschreibung ethischer und moralischer Grenzen bei der Fortpflanzungsmedizin unverzichtbar sei und nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden dürfe. Der diesbezügliche Streit zwischen Bundesregierung und Bundesrat müsse endlich mit einem einvernehmlichen Ergebnis beendet werden.

Die beiden SPD-Parlamentarier verwiesen darauf, daß der nordrhein-westfälische Landtag schon im März dieses Jahres eine Entschließung verabschiedet habe, die die Befruchtung im Reagenzglas nur dann zuläßt, wenn keine überzähligen Embryonen entstehen. „Der Mißgriff der Ethik-Kommission macht deutlich, daß diese Entschließung umgehend in gesetzgeberisches Handeln umgesetzt werden muß“, stellten Speth und Schmidt fest.

★

Das Landgericht Düsseldorf hat unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Winterberg den Antrag von Rechtsanwalt Bossi auf Einstweilige Verfügung gegen den Obmann der SPD-Fraktion im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Gladbecker Geiselnahme, Egbert Reinhard, zurückgewiesen. Ohne sich auf die Indemnität des Abgeordneten nach Artikel 47 der Landesverfassung zu stützen, wertete das Gericht die Äußerungen Reinhard als zulässige Reaktion auf die Erklärungen Bossis im Gladbecker Geiselnahme-Prozeß. Zudem bezeichnete das Gericht die Antragsbegründung Bossis auf Einstweilige Verfügung als teilweise nicht nachvollziehbar.

Bezug nehmend auf Bossis Äußerungen zur Landesverfassung hatte Egbert Reinhard dem Münchener Rechtsanwalt u. a. Kenntnislosigkeit vorgeworfen. Für diese Äußerung des SPD-Landtagsabgeordneten ließ das Gericht in der Verhandlung Verständnis erkennen.

**CDU-Fraktion****Umweltschutz bleibt auf der Strecke**

Zu den neuen Förderrichtlinien des Landes für die Abwasserbeseitigungsanlagen erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Werner Stump:

Mit dem Runderlaß des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft vom 1. Februar 1989 gibt die Landesregierung die neuen „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen“ bekannt. Alle die Gemeinden, die sich bei ihrer drückenden Investitions- und Gebührenlast etwas erhofft haben, werden enttäuscht. Ohne entsprechende Mittelерhöhung werden die bisherigen Zuschußquoten von 40 bis 80 Prozent auf grundsätzlich 20 Prozent herabgesetzt. Bei Sonderfördertatbeständen kann eine Erhöhung von 10 bzw. 20 Prozent erfolgen.

Diese neuen Förderquoten machen deutlich: Hier wird nur noch der Mangel verteilt. Die Gemeinden bleiben mit ihren Belastungen allein.

Die Landesregierung gibt vor, daß sie mit den neuen Förderrichtlinien besonders finanzschwachen Gemeinden und solchen, die eine hohe Gebührenlast zu tragen haben, helfen will. Als Hilfspunkte zur Feststellung der Bedürftigkeit führt sie eine sogenannte Lastzahl ein. Diese ist das Ergebnis aus den Gesamtlasten der Abwasserbeseitigungsanlagen, dividiert durch die Durchflußmenge nach Frischwasserverbrauch. Wie in allen Förderbereichen soll daneben die Finanzkraft der Gemeinden berücksichtigt werden. Begünstigt als finanzschwache Gemeinden werden die sogenannten Ausgleichsgemeinden und die Gemeinden, die ein Haushalts-sicherungskonzept erstellen und danach ihre Haushalte gestalten müssen. Bei genauerer Betrachtung kommt nur eine Gemeinde in den Genuß eines zehnpromzentigen Fördersatzaufschlags, und zwar die Stadt Siegen.

Diese Förderrichtlinien, mit denen den Gemeinden geholfen werden sollte, verfehlen glatt ihr Ziel.

Bei den gewaltigen — auch finanziellen — Anstrengungen, vor denen die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen stehen, muß das Land NRW mit deutlichen Zuweisungen helfen. Hilfreich ist nicht der Hinweis der Regierung Rau, daß die Gemeinden nach Paragraph 2 Absatz 1 Landeswassergesetz zur Abwasserbeseitigung im Rahmen der Selbstverwaltungsaufgabe verpflichtet sind. Ebenso wenig hilft der Hinweis, wie ihn viele Gemeinden über Verfügungen des Regierungspräsidenten erhalten haben, daß mit dem Bau einer fertig geplanten Maßnahme auch dann zu beginnen ist, wenn keine Zuweisungen des Landes erfolgen, zumal kein Rechtsanspruch auf derartige Mittel bestehe. Hierdurch werden Abwasserbeseitigungskonzepte zur reinen Makulatur, wenn die Gemeinden die Maßnahme nicht aus vermögenswirksamen Einnahmen oder Krediten (Darlehen) finanzieren können. Am Ende bleibt der Umweltschutz auf der Strecke, da die Landesregierung die Rechtslage zwar richtig darlegt, aber ihrer Verpflichtung, helfend und ausgleichend zu handeln, nur mangelhaft nachkommt.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

**F.D.P.-Fraktion****Außensitzung: F.D.P. in Bielefeld**

Im Rahmen ihrer regelmäßigen Außensitzungen tagte die F.D.P.-Landtagsfraktion in Bielefeld. Dabei standen die beiden Themenkomplexe „Innere Sicherheit“ und „Altenhilfe und Altenpflege“ im Vordergrund. In einem Meinungsaustausch mit dem Polizeipräsidenten von Bielefeld, Horst Kruse, dem Leiter K. Horst Clages, dem Leiter S. Erich Schmitt, und dem Vorsitzenden des Personalrates, Bernd Behrends, wurde die Gesprächsreihe mit verantwortlichen Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen fortgesetzt.

Deutlich wurden die teilweise verheerenden Mängel in der Personalausstattung der Polizei, insbesondere bei der Rauschgiftbekämpfung, offenkundig. Man kann nicht mit einer Handvoll Beamten in den Polizeipräsidien der Rauschgiftkriminalität auch nur halbwegs Einhalt gebieten. Die ständig steigende Zahl von Rauschgifttoten, viele von ihnen Altfixer, zeigt mangelnde Verantwortung.

Die innere Sicherheit in unserem Lande ist nach Ansicht der F.D.P. auch in anderen Bereichen gefährdet. Die steigende Zahl der Wohnungseinbrüche und des Straßenraubes zeigen eine verhängnisvolle Entwicklung. Polizeibeamte, die im Objektschutz und der Observation verschlissen werden, sind für Verbrechensbekämpfung nicht mehr einsetzbar. Die horrende Zahl von Überstunden, die ja nur den Personalmangel verdecken, ist den Polizeibeamten auch nicht mehr zuzumuten. Hier trifft gerade den Innenminister eine Fürsorgepflicht gegenüber den Polizeibeamten, der er bisher nicht nachgekommen ist. Verbrechen muß man bekämpfen und nicht verwalten.

Das Thema „Innere Sicherheit“ ist natürlich für alte Menschen ein besonderes Problemthema geworden. Insbesondere alte Menschen wollen nicht nur in ihren eigenen Wohnungen sicher sein, sondern auch sicher in den Straßen ihrer Stadt.

Die Problematik der Altenhilfe und Altenpflege in Nordrhein-Westfalen wurde in verschiedenen Gesprächen in Bielefelder Alteneinrichtungen diskutiert. Gespräche und Begegnungen mit den Bewohnern, Beirat und Geschäftsführung der Sozialeinrichtungen wurden im Johanneswerk, dem Johann-Hermann-Haus und dem Plettenberg-Stift in Bielefeld geführt.

Deutlich wurde das Defizit an Pflegeplätzen für pflegebedürftige, alte Menschen. Aber auch neue Formen des menschenwürdigen Altwerdens wurden diskutiert. Große Sorgen haben die Träger der Altenpflege bei der Ausbildung des Pflegepersonals. Weniger gefragt sind bei der Altenpflege Sozialpädagogen, die die SPD favorisiert, sondern Pflegepersonal, das auch körperlich Hilfeleistung leisten kann.

## Nachruf auf Lothar Beverunge

Landtagspräsident Karl Josef Denzer hat den am Wochenende verstorbenen langjährigen Landeskorrespondenten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Lothar Beverunge, gewürdigt:

„Nach schwerer Krankheit verstarb am Samstag der langjährige Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Nordrhein-Westfalen, Lothar Beverunge, im Alter von 55 Jahren. Der gebürtige Westfale hatte vor seinem Eintritt in den Journalismus an den Universitäten Münster, Frankfurt und Köln Germanistik, Anglistik, Geschichte und Philosophie studiert.

Obwohl als Studienrat ausgebildet, wandte er sich dem Journalismus zu und war zunächst freier Mitarbeiter der Neuen Züricher Zeitung, trat 1960 in die Redaktion der Deutschen Zeitung ein, um 1964 in die Rhein-Ruhr-Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu wechseln, wo er sich nicht nur der Landespolitik zuwandte, sondern das Land und seine Leute zu seinem Thema machte.

Mit Lothar Beverunge verliert nicht nur der Vorstand der Landespressekonferenz ein engagiertes Mitglied. Der Landtag trauert um einen langjährigen Korrespondenten, dessen Feder wir alle sehr vermissen werden. Lothar Beverunge stand für einen kritisch-kooperativen Journalismus, der der Erhaltung und Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie gewidmet war. Mit vielen Mitgliedern des Landtags verband ihn immer auch eine menschlich enge Beziehung und eine intime Kenntnis seiner Strömungen und Akteure.

Mit Lothar Beverunge verliert der Landtag einen Journalisten, der vielen ein Freund geworden war. Dies gilt auch für mich. Wir haben einen Menschen verloren, dem wir ein ehrendes Gedächtnis bewahren werden.“

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 5007.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepfer (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 23 03, 884 23 04 und 884 25 45, btx: # 5 68 01\*

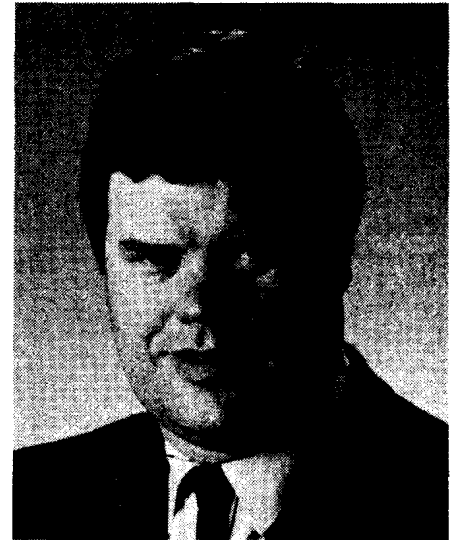
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

## Porträt der Woche



Hubert Doppmeier (CDU)

„Noch nie bin ich in eine Situation geraten, in der mich etwas umgeworfen hätte.“ Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Hubert Doppmeier, formuliert diesen Satz auf eine Art und Weise, die gar nicht erst die Vermutung aufkommen läßt, ein Mangel an Situationen könnte vielleicht die Ursache solcher Standfestigkeit sein: Nahezu unerschütterliches Selbstbewußtsein, das kaum Selbstzweifel zu kennen scheint, speist diese Art der Selbstsicherheit.

Man glaubt Hubert Doppmeier unbesehen, wenn er ungefragt hinzufügt, er verfüge noch über „erhebliche Kraftreserven“. Worauf diese zurückzuführen seien? Da wendet sich der 45jährige, Vater von drei Kindern im Alter zwischen zwei und acht Jahren, seiner Kindheit und Jugend zu: In Langenberg (Kreis Gütersloh) geboren und aufgewachsen als Sohn eines Nebenerwerbslandwirts, der im Hauptberuf einen anderen Hof verwaltete. Mit 14 Entlassung aus der Volksschule, Ausbildung zum Holzfacharbeiter. Heute sagt er darüber: „Die neun Jahre an der Maschine in der Fabrik waren meine wichtigsten Jahre.“ Sein Lebensziel sah er darin allerdings nicht: Neben der Fabrikarbeit und der Mithilfe auf dem elterlichen Hof trieb er — ohne Billigung durch die Eltern — seine schulische Bildung voran: Als Externer erwarb er im Alter von 22 Jahren den Realschulabschluß, mit 24 folgte das Abitur. Nach dem Jurastudium in Münster und der Referendarzeit ließ er sich in seinem Geburtsort als Rechtsanwalt nieder; vor wenigen Wochen erhielt er — zum frühestmöglichen Zeitpunkt — auch die Bestellung zum Notar.

Daß er diesen „dritten Bildungsweg“ geschafft hat, daraus schöpfe er noch heute seine Kraft, versichert der Politiker Doppmeier. Der politische Weg führte ihn vom Vorsitzenden des RCDS in Münster und der Jungen Union in Gütersloh hin zu den Ämtern des Kreis- und des Bezirksvorsitzenden der CDU. Sein Erfolgsrezept? Vor Entscheidungen gründlich nachdenken, dann das Ziel sehr beharrlich und mit Risikobereitschaft ansteuern: „Bisher habe ich gesteckte Ziele immer erreicht.“

Die Bereitschaft zum politischen Risiko war nach Doppmeiers heutiger Darstellung auch mit im Spiele, als er vor der Europawahl Helmut Kohls politische Zukunft von der Höhe der Verluste bei dieser Wahl abhängig machte; oder als der Gütersloher CDU-Kreisverband unter seiner Führung im vergangenen Jahr damit drohte, keine Beiträge an die Bundespartei mehr abzuführen, falls private Flieger

keine Steuern für ihr Flugbenzin zahlen müßten. Die „politische Prügel“ habe er gut verkraften können, denn durch die eigene Existenzgrundlage sei er unabhängig von der Politik.

Solche Art von Unabhängigkeit wird im Kreis Gütersloh honoriert: Der CDU-Kreisvorstand nominierte Hubert Doppmeier für den dortigen Bundestagswahlkreis, der als sicher für die CDU gilt: den Landtag wird er also im nächsten Jahr verlassen.

Nach neun Jahren im Landesparlament und kurz vor dem „Sprung“ nach Bonn unterschätzt Doppmeier nicht den Wert der Landespolitik: In Bonn würden die Grundentscheidungen getroffen, ihre Ausformungen aber, die die Bürger unmittelbar betreffen, würden in den Ländern gestaltet, etwa beim Fernstraßenbau, bei der Wohnungsbauförderung oder in der Sozialpolitik. Dennoch befinde sich der nordrhein-westfälische Landtag — da ist er sich ganz sicher — noch in einer „vorparlamentarischen Phase“. Das Parlament stehe einer „aufgeblähten und übermächtigen Exekutive“ gegenüber, deren Stellenpläne „völlig unbegründet“ seien. Den Abgeordneten mangle es an „Zuarbeitung“. Es sei doch ein Witz, wenn er als wohnungspolitischer Sprecher seiner Faktion mit einem „Viertel-Referenten“ ein ganzes Ministerium kontrollieren solle. Deshalb seien eine qualifizierte Gesetzgebungsarbeit und eine echte Haushaltspolitik des Parlaments „nicht möglich“. Der Haushalt sei zu einem „Selbstbedienungsladen“ für hohe Ministerialbeamte geworden. Sofort spürt er die Gefahr eines Mißverständnisses: Er meine natürlich nicht für die eigene Tasche, sondern für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich. An den Etatvorschlägen dieser Beamten würden vom Parlament allenfalls noch „Marginalien“ geändert.

Als Abgeordneter im Bundestag werde er zumindest mehr Mitarbeiter haben, hat Doppmeier inzwischen erfahren. Ob dort aber die Arbeitsmöglichkeiten besser sein werden, darüber will er sich heute noch nicht äußern.

Ludger Audick

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 25. 9. bis 15. 10. 1989

- 26. 9. **Heinz Soénius** (CDU), 60 J.
- 27. 9. **Manfred Braun** (SPD), 61 J.
- 28. 9. **Dr. Wilfried Heimes** (CDU), 62 J.
- 28. 9. **Ilse Ridder-Melchers** (SPD), 45 J.
- 28. 9. **Werner Kirstein** (CDU), 62 J.
- 1. 10. **Reinhard Wilmbusse** (SPD), 57 J.
- 1. 10. **Gerd Müller** (SPD), 49 J.
- 4. 10. **Helmut Lindner** (CDU), 62 J.
- 8. 10. **Reinhold Hemker** (SPD), 45 J.
- 9. 10. **Hans Georg Weiss** (CDU), 62 J.
- 10. 10. **Karlheinz Edelbrock** (SPD), 61 J.
- 11. 10. **Horst Radtke** (SPD), 48 J.
- 12. 10. **Günther Einert** (SPD), 59 J.
- 14. 10. **Helmut Harbich** (CDU), 57 J.
- 14. 10. **Loke Mernizka** (SPD), 50 J.

★

**Hans Litterscheid**, CDU-Mitglied des Landtags von 1975 bis 1980 und seit 1985 sowie seit 28 Jahren Bürgermeister von Langenfeld und einer der dienstältesten Ratsvorsitzenden in der Bundesrepublik, wurde zum Ehrenbürger seiner Heimatstadt ernannt. Auf eigenen Wunsch gibt der 68jährige Ehrenbürger sein Amt zum 30. September ab. Von allen Fraktionen wurden ihm überparteiliche Amtsführung und besonderes Engagement für die Entwicklung von Langenfeld als Mittelstadt mit 51 000 Einwohnern und für die Erhaltung der Selbständigkeit bescheinigt.

★

**Gerhard Benner** (SPD) aus Schwerte ist auf der 8. Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der nordrhein-westfälischen SPD in Köln zum neuen AfA-Vorsitzenden gewählt worden. Nach **Professor Dr. Friedhelm Farthmann**, heute SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag, der bis 1983 dieses Amt innehatte, und dem Landtagsabgeordneten **Karlheinz Bräuer** wurde damit erstmalig ein Politiker aus dem SPD-Bezirk Westliches Westfalen Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft. Seit 1981 war Benner stellvertretender Vorsitzender des AfA-Landesvorstandes. Seit 1982 gehört er dem Bundesvorstand an.

★

**Paul-Arnold Nelles**, ehemaliger Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, ist vom Westfalenparlament des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in Münster mit der Freiherr-vom-Stein-Medaille in Gold ausgezeichnet worden. Nelles erhielt die Auszeichnung aus den Händen des Vorsitzenden der Landschaftsversammlung, **Rudolf Loskand**, für seine „außergewöhnlichen Verdienste im sozialen Bereich“.

★

**Martin Schmuck**, Journalist, ist neuer Chef des ZDF-Studios Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. Bei einer Feierstunde in Anwesenheit von Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) und des Intendanten des Zweiten Deutschen Fernsehens, Professor **Dieter Stolte**, löste Schmuck den langjährigen Studioleniter **Horst von Stryk** ab. Der Nachfolger, der seine Laufbahn bei der Deutschen Presseagentur dpa begonnen hatte, dann zum Westdeutschen Rundfunk (WDR) wechselte, war zuletzt für das „Heute-Journal“ des ZDF in Mainz tätig.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Vom Holz zur Kohle:** Ein Meiler aus 80 Raummetern Buchenholz, sorgfältig geschichtet zu einer Halbkugel aus zwei Gesetzen (Etagen) und dem Kopf, bedeckt mit Laub und schwarzer Kohle-Erde, verschwelt innerhalb von acht Tagen zu qualitativ hochwertiger Holzkohle. Das aufwendige Verfahren vom Aufbau des Meilers bis zum Ausräumen und Verpacken des fertigen Produktes haben ehemalige Köhler aus Schmidt in der Eifel noch einmal für eine Filmdokumentation des Amtes für rheinische Landeskunde gezeigt. Damit wird detailliert und sachgerecht das alte Handwerk der Köhlerei dargestellt, das in enger Verbindung mit der Eifeler Eisenindustrie stand und für diese walddreiche Region im Westen Deutschlands vom 16. bis in unser Jahrhundert eine große Bedeutung besaß. Der soeben fertiggestellte Streifen über die Köhlerei geht in diesen Wochen in den Verleih. Die regionale Kultur des Rheinlandes in ihren alltäglichen Ausprägungen und in ihrer historischen Entwicklung aufzunehmen und zu erfassen, ist die Aufgabe der volkskundlichen Filmdokumentation des Amtes für rheinische Landeskunde in Bonn, einer Dienststelle des Landschaftsverbandes Rheinland. Rund 200 solcher Filme geben einen umfassenden und anschaulichen Einblick in die Bereiche Brauch, ländliche Arbeit, Handwerk und Industrialisierung. In bewegten Bildern wird die Arbeitswelt ebenso wie der Feiertag geschildert und damit ein bestimmender Teil unserer Lebenswirklichkeit authentisch festgehalten.

Foto: Rheinisches Volkskundearchiv